

Errichtung der Militärkaserne durch die SA, sowie um Richtlinien verwaltungsmäßiger und gesetzgebender Natur, deren Wesen die völlige Außerkräftigung der Verfassung und aller Rechtsgarantien sind.

Die Echtheit der Dokumente. Ist außer allem Zweifel. Die Bekanntgabe dieser Dokumente an die Behörden erfolgte durch einen der Teilnehmer an der Besprechung auf dem Bogheimer Hof, durch den Wirtschaftsexperten der Gauleitung der NSDAP in Hessen, den jetzigen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer. Schäfer hat nach seinen Angaben bereits in dieser Besprechung gegen diese illegalen Vorbereitungen protestiert. Er hat darauf, da er von dem Wahnsinn dieser Absichten erschreckt war, Anzeige bei den Behörden erstattet.

Dr. Schäfer, der in Konflikt mit den illegalen Treibern geraten ist, wird von der SA in Hessen verfolgt. Sie hat in diesen Tagen seine Wohnung in Offenbach überfallen, um dort nach Dokumenten zu suchen. Schäfer war einer der begabtesten Agitatoren der NSDAP in Hessen.

Wie veröffentlichten den Wortlaut der Dokumente nachfolgend. Sie zeigen das wahre Gesicht des deutschen Faschismus!

SA-Diktatur!

Lodesstrafe — Todesstrafe — Todesstrafe!

Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Befehl der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiete. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an alle Behörden.

Volksgenossen! Die bisherigen Träger der Staatsgewalt im Reich wie im Lande sind durch die Ereignisse der letzten Tage (Wochen) weggefallen. Durch diese tatsächliche Veränderung ist — wie im November 1918 — ein neuer Rechtszustand geschaffen. Ordne die Macht steht z. B. allein bei den ... (SA, Landeswehren o. ä.). Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verfallene Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben. Sie tut dies im Namen der deutschen Nation, vor deren Zukunft allein sie für die Erfüllung ihrer Aufgabe und für die Wohl ihrer Mittel verantwortlich ist.

Die unerhörte Gefahr erfordert außerordentliche Maßnahmen, um zunächst das nackte Leben des Volkes zu retten. Erste Aufgabe ist Herstellung der öffentlichen Sicherheit und die Organisation der Volksernährung. Nur schärfste Disziplin der Bevölkerung und rücksichtsloses Durchgreifen der bewaffneten Macht lassen die Lösung dieser Aufgaben als möglich erscheinen.

Als Befehlshaber der ... (SA, Landeswehren o. ä.) in ... (Starkenburg, Rheinhesen, Oberhesen) gebe ich deshalb folgenden Befehl an die gesamte Bevölkerung des Landes bekannt:

1. Jeder Anordnung der ... (SA, Landeswehren u. ä.), gleich von welchem Dienstgrade erteilt, ist sofort Folge zu leisten.

Widerstand wird grundtätlich mit dem Tode bestraft.

Die Feldgerichte können beim Vorliegen besonderer Umstände andere Strafen verhängen.

2. Jede Schusswaffe ist binnen 24 Stunden an die ... (SA, Landeswehren o. ä.) abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schusswaffe betroffen wird,

wird als Feind der ... (SA, Landeswehren o. ä.) und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.

3. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen.

Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.

An die Stelle der obersten Staatsbehörden (Ministerien) tritt die Führung der ... (SA, Landeswehren o. ä.), vertreten durch mich.

4. Die von der Führung der ... (SA, Landeswehren o. ä.) erlassenen Notverordnungen haben für jedermann mit dem Tage ihrer Veröffentlichung durch Anschlag Gesetzeskraft. Verstöße gegen diese Notverordnungen werden in besonders schweren Fällen über die in ihnen bestimmten Strafen hinaus

mit dem Tode bestraft.

5. Soweit nicht die von der Führung der ... (SA, Landeswehren o. ä.) erlassenen Notverordnungen oder einzelne Anordnungen der ... (SA, Landeswehren o. ä.) entgegenstehen, bleiben alle bestehenden Befehle in Kraft und sind von der Bevölkerung in jeder Hinsicht zu befolgen.

Richtlinien für die ersten Notverordnungen.

unserer Führung nach dem Befehl der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. Grundsätze: 1. Nur die einfachsten, dringendsten Maßnahmen. 2. Klare, verständliche Fassung. 3. Möglichst keine neuen Behörden, Einrichtungen, Dienststellen; Verwendung des vorhandenen Verwaltungsapparats.

Hungerdiktatur!

Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an die Kommunalbehörden.

Konfiskation.

1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der Führung der ... (SA, Landeswehren o. ä.) und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern.

2. Jeder Erzeuger (Urerzeuger und verarbeitender Erzeuger) und Händler (Groß- und Klein-) hat unverzüglich eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum stehenden (gleich wo lagernden oder in seinem Besitz befindlichen) Lebensmittel der für ihn zuständigen Bürgermeisterei einzureichen.

3. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten.

4. Strafe für jede Verletzung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln:

a) immer: Einziehung des gesamten Vermögens.
b) daneben zulässig: jede Art und jeder Grad von Freiheitsstrafen, Todesstrafe nach dem ersten „Befehl an die Bevölkerung“ des Führers.

Hunger!

5. Feststellung der zu Ernährenden: Jeder über 16 Jahre alte Mann bzw. Frau hat sich und seine nicht 16 Jahre alten Kinder unverzüglich bei der Bürgermeisterei des Aufenthaltsortes zu melden. Krankenhäuser und ähnliche Institute haben alle Insassen zu melden.

Ehrendes Mißtrauen.

Reaktionärer Vorstoß gegen den Kultusminister Grimme.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung steht als erster Gegenstand die Neuwahl des Präsidenten.

Abg. Dr. Groß (S.) beantragt Ablegung dieses Punktes von der Tagesordnung.

Abg. Schwent (Konv.) erhebt dagegen Widerspruch. Der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Abg. Leinert habe früher als Präsident mit beispielloser Schärfe gegen die Kommunisten gewütet. Wenn jetzt die Rechtsparteien gegen seine Wahl Widerstand leisten, sehe darin die kommunistische Partei keinen Grund, durch Verlegung Platz für einen Kuhhandel zu schaffen. Die kommunistische Partei schlage als Präsidenten den Abg. Kaiser vor. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Beratungsvertrag wird gegen die Kommunisten angenommen.

Angenommen wird ferner ein Antrag der Landvolkpartei, die Reichsregierung aufzufordern, möglichst bald in Verhandlungen über den Young-Plan mit dem Ziel völliger Einstellung der Zahlungen einzutreten.

Die Sozialdemokratie enthält sich dabei der Stimme; alle übrigen Parteien stimmen dafür.

Es folgt der

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen den Kultusminister Dr. Grimme.

Abg. Delfe-Obersbach (Dnat.) begründet den Antrag. Die auf dem Gebiet des Schulwesens getroffenen Abbaumaßnahmen seien eine Folge der Erschlafftheit. Sie greifen mit roher Hand in den Bestand der deutschen Kultur, besonders in das höhere Schulwesen und die Universitäten ein.

Abg. Dr. Lauther (S.): Die getroffenen Sparmaßnahmen waren infolge der Finanzlage des Staates nicht zu umgehen. Aber man sollte beim Abbau jeden Schematismus vermeiden. Im Lande draußen hat man schon vor dem Abbau vielfach eine höhere Klassenfrequenz gehabt als in Berlin. Der Abbau bei höheren Schulen und Universitäten bringt nichts ein, gefährdet aber wertvollste Kulturgüter.

Abg. König-Poisdam (Soz.):

Deutschnationale Bürgermeister und Gemeindevorsteher sind bei der gegenwärtigen Finanzlage der Gemeinden genau so zum Abbau der Schulkosten gezwungen wie das preussische Staatsministerium. Wenn die Lebermengen des Reiches immer geringer werden, das Auskommen der Steuern den Voranschlägen nicht entspricht und die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege unaufhörlich wachsen, d. h. also wenn 5 Millionen Arbeitslose unterjocht werden müssen, sind Sparmaßnahmen unabweislicher Zwang, und in dieser Not ist auch die Schule kein Rührmichnichten. Preußen ist schon einmal, nämlich im Jahre 1924, in der gleichen Notlage gewesen. Damals haben der volksparteiliche Kultusminister Dr. Voelker und der volksparteiliche Finanzminister Dr. von Richter einen generellen Abbau der Volksschullehrer um 25 Proz. des Lehrpersonals beantragt, und nur am Widerstand der Sozialdemokratie ist diese Vorlage hier im Hause gescheitert. Unseren prinzipiellen Antrag, daß durch den unermesslichen Abbau auf dem Gebiet des Schulwesens die pädagogischen und hygienischen Interessen namentlich der Volksschulen nicht verletzt werden dürfen, haben damals nur die Kommunisten angenommen; Demokraten, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale aber abgelehnt.

Der 1924 bereit war, mit einem Schlage 28 000 Volksschullehrer zu entlassen und sich heute darüber entrüstet, daß die gegenwärtige preussische Regierung 7000 Lehrer abgebaut habe, ist nicht ehrlich, spielt nur Theater. (Echthafter, allgemeiner Zustimmung links.)

Der Abbau der Zulagen soll eine besondere Rücksichtlosigkeit sein und mit allerlei schwarzen Plänen des Unterrichtsministers zusammenhängen. In Wahrheit sind diese Zulagen bei der letzten Befehlsverordnung von der Lehrerschaft selbst bekämpft worden, und wir Sozialdemokraten haben ihnen nur zugestimmt, weil die allgemeine Besserstellung der Volksschullehrer nicht durchzuführen war. (Sehr wahr!) An dem allmählichen Rückgang der humanistischen Gymnasien wird auch das Bedauern des Abg. Delfe nichts ändern, das ich persönlich teile. Wir können die Bevölkerung nicht zwingen, ihre Kinder in diese Anstalten zu schicken. Gegenüber der Darstellung des Abg. Lauther, als greife der Staat mit rauher Hand in das höhere Schulwesen ein, muß ich feststellen, daß

C. Durchführung der Volksernährung: 1. Kollektivspeisung. 2. Zuteilung von Lebensmitteln a) Ausgabe von Karten, b) Ausgabe der Lebensmittel gegen diese Karten (ohne Bezahlung).

Richtlinien für Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung:

1. Anweisung an die Bürgermeistereien: a) Die Zustellung der Lebensmittel und der zu Ernährenden (A 2 und B der Richtlinien) sofort unserer Ernährungsstelle (siehe unten 2) einzureichen, desgleichen einen Vorschlag, welche Lebensmittelmenge die Gemeinde täglich benötigt. b) Die Kollektivspeisung einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten (Hilfskräfte die bisherigen Händler) vorzubereiten.

2. Einrichtung einer Ernährungsstelle zur Verteilung der Lebensmittel auf die Gemeinden. (Hilfskräfte: die Beamten der mittleren Verwaltung: Kreisämter).

Wirtschaftszerstörung.

Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an alle Gerichte, Notare, Gerichtsvollzieher, Vollstreckungsbeamte.

Die Führung der ... (SA, Landeswehren o. ä.) ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. praktisch über den gesamten Ertrag des Volksernährungs und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr. Dafür wird der gegenwärtige Vermögensstand durch Sicherung des Eigentumsstandes und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt. Hierfür sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Jede Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen unterbleibt. Vorgenommene Vollstreckungsmaßnahmen sind aufzuheben.

2. Jede Verjährung von Ansprüchen ist bis zum Ablauf eines Jahres seit Veröffentlichung dieser Verordnung gehemmt.

3. Jeder Zinsenlauf für Geldforderungen ist bis zum Erlaß anderer Bestimmungen aufgehoben. Das gleiche gilt für den Mietzins für Wohnräume.

4. Dingliche Besetzungen von Grundstücken für Geldforderungen dürfen bis zum Erlaß anderer Bestimmungen nicht bestellt werden.

5. Jeder Schuldner von Verbindlichkeiten über 1000 M. hat

keine Einrichtung in Preußen so gekocht wird wie die höhere Schule und Universität.

Schritt, nur an die skandalösen Vorgänge in Halle, denen gegenüber der Staat viel zu langsam gewesen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch unerhört, daß die Theologiestudenten, die bei Herrn Professor Dehn hören wollten, von den Radaumachern daran gehindert worden sind. Der Berufung Dehns hat der Oberkirchenrat und die Fakultät zugestimmt. Aber die Deutschnationalen, die sonst alle Syren begeistert aufnehmen, die von der Sozialdemokratie fortfliegt, haben eben geglaubt, daß Dehn kein Renegat wäre, und haben deshalb die Tumulte inszeniert. In solchem Fall darf die Republik keine Schwäche zeigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Pädagogischen Akademien haben die Deutschnationalen im Unterrichtsausschuß neulich überhaupt zumachen wollen, weil wir ja Ueberfluß an Anwärtern hätten. Als ob man die Universitäten abschleife, weil wir ein Ueberangebot an Referendaren und Professoren haben! Aber in der Stellungnahme gegen die Akademien kommt der

Hof der Reaktion gegen eine gute Ausbildung der Volksschullehrer

zum Ausdruck. Wir sind gegen Schließung und Aufnahmeperrre der Akademien, um nicht den reaktionären Angriffen auf die Volksschullehrerbildung überhaupt Vorschub zu leisten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir kommen in dieser schweren Zeit um unliebsame Maßnahmen nicht herum. Kein Mensch trifft sie gern; der Minister nicht, seine Beamten nicht, wir alle nicht. Aber deswegen ein Mißtrauensantrag! Das ruft bei allen Verständigen nur ein Lachen hervor. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Dr. Neumann (Dnat.): Ein Sozialdemokrat als Kultusminister ist für uns schlechterdings untragbar. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Der „religiöse Sozialist“ Grimme kam sich in der materialistischen Sozialdemokratie gegenüber Künstler und Wissenschaftler doch nicht durchsetzen.

Abg. Möller-Halle (Soz.):

Die Krawalle an der Universität Halle waren die Folge einer schamlos unverantwortlichen Parteizehe. Sie wären wahrscheinlich nicht entstanden, wenn man nicht irrtümlicherweise angenommen hätte, Dehn sei Sozialdemokrat. Hinter den Menschen und Gelehrten Dehn hat sich die ganze Dozentenschaft der Universität Halle, hat sich alles gestellt, was in der theologischen Wissenschaft einen Namen trägt. Unter diesen Umständen ist es geradezu ungeheuerlich, daß die Korrednerin sich zu der Behauptung verließen hat, die Verantwortung für diese Studentenkrawalle trüge der Minister. Waren es überhaupt Studentenkrawalle? In der Hauptsache wurden sie von SA-Leuten gemacht, die in den Krawalltagen zum erstenmal eine Universität betreten haben. (Heiterkeit.)

Nach einigen weiteren Erklärungen schließt die Debatte. Die Abstimmung findet am Freitag statt.

Hierauf berichtet Abg. Lauther (Soz.) ausführlich über die Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses über den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung des Hauses. Hervorzuheben sind besonders die neuen Bestimmungen zur Einschränkung der Kleinen Anträge und der Bemerkungen zur Geschäftsordnung sowie die Ersetzung der Herbeiführung namentlicher Abstimmungen. Die bisher für das Mentum vorgehenden Ordnungsbestimmungen sind sinngemäß auf die Ausschüsse übertragen.

Die Aussprache über die neue Geschäftsordnung wird auf Donnerstag mittag 12 Uhr vertagt.

Ladendorff soll vor den Richter.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Mittwochabend mit dem Schreiben des Justizministers über die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Ladendorff (Wirtschaftspartei) wegen Vergehens gegen § 314 des Handelsgesetzbuches sowie wegen etwaiger sonstiger Straftaten, die mit der Tätigkeit Ladendorffs als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz in Verbindung stehen.

Nach kurzer Beratung entschied sich der Ausschuß für die Erteilung der Genehmigung.

dem für ihn zuständigen Amtsgericht ein Verzeichnis seiner Gläubiger und Schulden einzureichen. Das Gericht hat mit den Gläubigern eine Einigung über die Feststellung des Betrages der Schuld zu versuchen. Mißlingt dieser Versuch, so muß der Gläubiger binnen 2 Monaten gegen den Schuldner Feststellungsklage erheben, andernfalls die Forderung erlischt.

Feldgerichte.

Richtlinien für die Schaffung eigener Verwaltungseinrichtungen.

1. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstößen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und gegen die Notverordnungen, um den Anschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren in Anlehnung an die SWD. Besetzung: Einzelrichter (Jurist); wenn Todesstrafe in Frage steht, 3 Richter, darunter mindestens ein Jurist als Vorsitzender.

2. Einrichtung einer Verwaltungsabteilung, die für die vorhandenen Behörden die Ministerien und die Inangriffnahme der Verwaltung, die Entlassung und Ernennung von Beamten nach den Richtlinien der Rechtsabteilung des Gauverwesers und die Ausarbeitung weiterer erforderlicher Notverordnungen vorzunehmen hat.

Zwangsarbeit.

Richtlinien für eine Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht.

1. Jeder Deutsche (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Ausgenommen ist, wer der ... (SA, Landeswehr o. ä.) angehört oder beruflich im Dienste von Behörden steht. Ausnahme wegen Unfähigkeit nach besonderen Richtlinien.

2. Der Anspruch auf Ernährung gemäß der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung (§ 1) ist von der Erfüllung der Dienstpflicht bzw. von der Bereitschaft zu ihr (Appelle) abhängig.

3. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit nach den örtlichen Bedürfnissen. I. In der Produktion. A. Zunächst der dringenden Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung usw.). B. In der Verarbeitung vorhandener Rohstoffe zur Schaffung von Außenhandelswerten. II. In der Erhaltungsarbeit: A. an öffentlichen Anlagen (Straßen, Bauten usw.). B. An Privateigentum (Erhaltung der Wohnhäuser als Ersatz für den weggefallenen Mietzins). III. In der Erweiterung des Nahrungsraumes (Meliorationen usw.).

In den Tod gebetet!

Opfer der „Christlichen Wissenschaft“ / Gefängnis für die Gesundheitsbeterin.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die 61jährige Frau Emma Kühn, Mitglied der „Vierten Kirche Christi“, wegen jahrelanger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis. Die Zubilligung einer Bewährungsstrafe wurde abgelehnt.

Frau Emma Kühn, Gattin eines Fischhändlers, litt an Brustkrebs. Nach gelungener Operation blieb eine Krümmung zurück. Sie wurde Mitglied der „Vierten Kirche Christi“, die sich auf die Lehren der Christian Science aufbaut. Die „Vierte Kirche Christi“ lehrt, daß alles Übel vom Materielle komme und daß das Geistige alle Leiden heile. Frau Kühn betete fleißig, wurde gesund und christliche Helferin. Von nun an hatte sie die Aufgabe, Kranke durch Gesundheitsbeter zu behandeln.

Der Chauffeur Raeth litt seit Jahren an Lungentuberkulose. Er wurde mit Erfolg ärztlich behandelt, auch nach Beelih verschickt; er gewann seine Arbeitsfähigkeit wieder. Im Jahre 1929 erkrankte er zum zweiten Male. Er wurde ins Krankenhaus Weihensee gebracht, der einst so willige Patient hatte sich aber in einen störrischen Menschen verwandelt. Er hatte sich inzwischen den Lehren der „Vierten Kirche Christi“ zugewandt, deren Mitglied er geworden war. Er hielt nichts mehr von ärztlicher Kunst, verließ das Krankenhaus und begab sich zuerst in Behandlung seines Bruders im Glauben der „Vierten Kirche Christi“, des Landesinspektors Man, dann ging er

zu Frau Kühn. Dem Kranken hätte im Krankenhaus noch geholfen werden können. Die Tuberkulose hatte den Kehlkopf ergriffen, er litt auch an einer Rippenfellentzündung; eine elektrische Kauterisation hätte der Kehlkopfkrankheit Erleichterung bringen, eine Punktion die weitere Infektion des Organismus verhüten können. Raeth äußerte aber zum Arzt, die Kehlkopfkrankheit komme vom Krebs, der Krebs sei aber durch den Glauben zu heilen.

Frau Kühn besuchte eifrig den Patienten, betete mit ihm, erhielt dafür 3 bis 4 M. wöchentlich, verbot der Frau des Patienten, Temperatur zu messen, veranlaßte, die feuchten Tücher wegzunehmen, die der Arzt verordnet hatte. „Sie verfolgen Gott die Ehre“, sagte sie zu Raeth. So betete Frau Kühn den Kranken tot.

Vor Gericht nannte Frau Kühn ihre Methode Gemütsheilung. Sie berief sich auf ihre großen Erfolge und entwickelte vor den Richtern die Lehren der „Vierten Kirche Christi“ — allerdings mit wenig Erfolg. Weder Staatsanwalt noch Richter ließen sich überzeugen. Ersterer beantragte ein Jahr Gefängnis wegen jahrelanger Tötung, das Gericht begnügte sich mit sechs Monaten Gefängnis und sagte in der Urteilsbegründung, daß der urtümliche Zusammenhang zwischen Tod und Behandlung der Frau Kühn zweifelsohne vorliege; sie habe ihre Tätigkeit als Beruf ausgeübt und schuldhaft nicht die nötige Sorgfalt überwachen lassen, die die Behandlung der Krankheiten erfordert habe.

Schüler Heinz Kaufmann am linken Auge. Uebrigens sagte kürzlich Herr Stricker in seinem Unterricht: Die Nazis seien ihm sehr sympathisch. Wohin solche Einstellung führt, lehrt dieser Vorgang. Den Razibengels wurden die beiden Revolver abgenommen.

Großfeuer in Neufölln.

Karosseriewerke brennen — Schwere Arbeit der Feuerwehr.

In den gestrigen Abendstunden brach in den Karosseriewerken der Firma Glasbach in der Walterstraße 36 in Neufölln Feuer aus, das sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte.

Auf einem großen Gelände befinden sich mehrere Flachbauten, in denen die Wagenwerkstätten, die Tischlerei und ein großes Holzlager untergebracht sind. Außerdem befinden sich auf dem Platz mehrere Garagen. Kurz nach 21 Uhr loderten aus der Tischlerei plötzlich helle Flammen empor. Das Feuer griff in wenigen Minuten so schnell um sich, daß die alarmierte Feuerwehr, die unter Leitung des Branddirektors Pözdziech anrückte, bereits ein großes Feuermeer vorfand. In aller Eile wurden sechs starke Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt, um den Brand, der immer größere Dimensionen anzunehmen schien, rechtzeitig einzukreisen. Den angestrengten Bemühungen der Wehren gelang es schließlich, den Flammen Einhalt zu gebieten. Eine Zeitlang waren die angrenzenden Garagen stark bedroht, diese Gefahr konnte aber abgemindert werden. Der Schaden ist erheblich, die Entstehungsurache konnte bisher nicht geklärt werden. Der weithin sichtbare Feuerschein hatte eine große Menschenmenge angelockt. Die Schutzpolizei mußte Absperrungen vornehmen.

Nazis provozieren!

Zettelverteiler belästigen freigewerkschaftliche Arbeiter.

Seit einigen Tagen wird vor städtischen Betrieben und Arbeitsstätten, in denen vornehmlich freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt sind, von Hakenkreuzern eine rege Flugblattverbreitung betrieben, die von den Belegschaften als bewußte Provokation angesehen wird.

Abgesehen von dem verlogenen und demagogischen Inhalt der Naziflugblätter, halten es die Belegschaften auf die Dauer für unerträglich, von den Hitlergardisten dauernd belästigt zu werden. Es haben sich bereits mehrere Zwischenfälle ereignet, die auf das Schicksal der Hakenkreuzler zu schreiben sind. Als gestern nachmittag bei Betriebschluss Arbeiter und Angestellte die Städtischen Gaswerke in der Stralauer Straße verließen, gerieten sie mit nationalsozialistischen Zettelverteilern in eine Schlägerei. Das Ueberfallkommando mußte eingreifen. Zwei Hakenkreuzler und zwei Parteiloze wurden der Politischen Polizei übergeben. Vor dem bekannten Konfektionshaus Leineweber in der Fischerstraße, dessen Arbeiterschaft durchweg freigewerkschaftlich organisiert ist, haben die Nazis durch ihre Flugblattverteilung nur erreicht, daß die Belegschaft geschlossen denn je zusammenhält und alle nationalsozialistischen Anbiederungsversuche energisch ablehnen wird. Auch vor der Witter-Brosfabrik im Norden Berlins haben sich die Hakenkreuzler schon mehrmals eine Abfuhr geholt.

Schweres Unglück im Hamburger Hafen.

Hamburg, 25. November.

Im hiesigen Hafen ereignete sich ein folgenschwerer Zusammenstoß. In der Höhe des Kohlenhafens wurde der Leichter „Wohlfeld“ der Bugler-Neederei, ein etwa 300 Tonnen großes Fahrzeug, von dem etwa 500 Tonnen großen englischen Dampfer „Aparina“ der General Steam Shipping Co. gerammt. Der Leichter lief sofort voll Wasser und ging unter. Nur noch die Masten ragen aus dem Wasser heraus.

Peitschenhiebe für Fürsorgejungen.

Der Skandal von Waldhof. — Der Pfarrer und seine Nazi-Erzieher.

Die Untersuchung über die skandalösen Vorgänge in der Fürsorgeanstalt der Inneren Mission Waldhof bei Templin geht ihrem Ende entgegen. Als vor mehreren Monaten beim Landesjugendamt Berlin zahlreiche Beschwerden gegen die Erziehungsmethoden dieser Fürsorgeanstalt einliefen, entsandte Stadtrat Wukly unersichtlich den Direktor der Anstalt Lindenhof, Krebs. Krebs vernahm eine große Anzahl Jöglinge, stellte geradezu ungläubliche Zustände fest. Mißhandlungen schlimmster Art und legte das Ergebnis seiner Untersuchung in einem ausführlichen Bericht nieder. Der Bericht wurde auch der Staatsanwaltschaft zugänglich gemacht. Die Stadt Berlin verfügte die Zurückziehung sämtlicher Berliner Jöglinge aus der Fürsorgeanstalt.

Die Voruntersuchung richtet sich gegen den Leiter der Anstalt, Pastor Grüber, und gegen 13 Erzieher. Es wird ihnen vorläufige Körperverletzung, zum Teil mit gefährlichen Werkzeugen, zur Last gelegt. Die Jöglinge wurden wegen jeder Kleinigkeit gepeinigt; bei Fluchtversuchen sollen sie gepöbelt und in einem Keller eingesperrt worden sein; auch Dunkelarbeit war an der Tagesordnung. In einem Falle soll ein Jögling derartig ins Gesicht geschlagen worden sein, daß er für immer entstellt ist. Es hat den Anschein, als liege bei einigen von den Erziehern eine sadistische Veranlagung vor. Zwei Erzieher sollen sich außerdem an den ihnen anvertrauten Jöglingen vergangen haben.

Die Untersuchung soll im beschleunigten Tempo durchgeführt werden, damit das Gericht in Prenzlau sehr bald Gelegenheit hat, sich mit den skandalösen Zuständen in der Anstalt zu beschäftigen. Es verlautet, daß auch die Innere Mission von sich aus eine Untersuchung beabsichtigt. Sedenfalls waren die Zustände hier viel

schlimmer als in der Schleswig-Holsteiner Anstalt der Inneren Mission, Rickling. Die Verhandlung gegen drei Erzieher dieser Anstalt hat seinerzeit mit Gefängnisstrafen geendet. Die Anstalt selbst wurde aufgelöst. Das gleiche Schicksal dürfte die Templiner Anstalt erwarten.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Rechtsblätter, insbesondere der „Angriff“, wegen der vom Landesjugendamt Berlin eingeleiteten Untersuchung seinerzeit großen Lärm schlugen. Das ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß ein Teil der Erzieher stark nationalsozialistisch eingestellt ist.

Revolver in der Schule.

Kriegsspieler in der Fortbildungsschule.

Dem „Boerwärts“ wird geschrieben: Das Kriegs- und Revolvergeheiß der Heim- und Stoppertreuer treibt sanderbare Blüten. Besonders die Jugend, soweit sie im Razilager steht, scheut sich nicht, Scheintodpistolen und selbst scharf geladene Revolver mit in die Schule zu nehmen, um in der Pause damit zu spielen. Ein solcher Fall mit verhängnisvollen Folgen ereignete sich am Dienstag während der Schulstunde in der kaufmännischen Fortbildungsschule Georgenstraße. Als der Klassenlehrer, der Diplomhandelslehrer Stricker, auf einige Augenblicke das Zimmer verlassen hatte, hielten einige Fortbildungsschüler, die mit ihrer Razigefinnung nicht hinter dem Berg hielten, ihre Revolver aus der Tasche und suchten damit herum. Der kaufmännische Lehrling Runge nahm seinem Gefinnungsfreund Köhrs den Revolver fort, drückte auf den Hahn und verletzte den



Der Park ging in die breite Ringstraße über, in der Ferne hörte man bereits das Rattern der Räder und das Pfeifen der Lokomotiven, die hier den Viadukt überquerten. An der Ecke, die den einstigen Wall, den heutigen Ring, von der inneren Stadt trennte, blieb Weigelt stehen. „Sie sind sofort am Bahnhof“, sagte er gepreßt. „Meine Gesellschaft ist Ihnen sicherlich jetzt lästig.“ Germaine sah ihn an. Wieder schwebte ihr eine heftige Antwort auf der Zunge. Aber als sie das blasse, verzweifelte Gesicht sah, schüttelte sie den Kopf. „Wir sind ja wohl erwachsene Menschen“, sagte sie ruhig. „Wir wollen nicht mehr darüber sprechen — es ist für mich abgetan.“ Der junge Mensch wollte etwas erwidern, aber er konnte kein Wort mehr herausbringen. Wortlos gingen sie zum Bahnhof. Germaine warf einen Blick auf die Uhr über dem Eingang. „Ja, jetzt müssen Sie gehen. Sie kommen sonst nicht mehr rechtzeitig zur Katerne.“ Sie reichte ihm die Hand. Der junge Mensch, immer noch unfähig, zu sprechen, beugte sich über sie, ohne sie zu berühren. Er bemühte sich verzweifelt, die Tränen zurückzuhalten. Auch Germaine stand einen Augenblick stumm. Aber dann legte ihr gutes Herz über alle Bedenken. Sie legte schweffelnd ihren Arm um den gänzlich Verwirrten und küßte ihn herzlich auf die Wange. „Sie stehen meinem Bruder nahe“, sagte sie leise. „bleiben Sie auch weiterhin sein Freund! Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie gesund und unverletzt den Krieg überstehen und — daß wir uns wiedersehen!“

Vor der Bäckerei Keutle in der großen Schiffsgasse standen die Menschen in langer Reihe an. Meist waren es Frauen und Mädchen, den Korb oder das Einkaufsnetz am Arm, die Brotkranten und den Geldbeutel in der Hand. „Das dauert ja heut wieder ewig, so macht doch mal, ihr

da vorn!“ schrie eine blasse Frau den am Eingang Stehenden zu. „Die Kinder warten daheim, und wenn mein Mann kommt, will er Essen haben!“ Die an der Ladentür Stehenden, ein älterer Mann in abgetragenen Ueberzieher und eine dicke, resolut aussehende Frau, wandten sich um. „Sie werden warten können! Erst die Fenster einschlagen und alles rausholen, und dann solls gehen wie am Schnürchen! Ich stehe auch schon zwei Stunden, warum sollen Sie's besser haben!“ „Ja, der Unjug heut morgen hat uns das wieder eingebracht. Und lauter halbwichsige Bengel sind es wieder gewesen! Das Geld wird in Zigaretten und Kino angelegt, und dann, wenn sie nichts zu fressen haben — Scheibe eingedrückt und gestohlen. Man merkt, daß die Bäter im Krieg sind! Es ist keine Erziehung mehr!“ „Einige Frauen lachten höhnisch. „Als ob ihr Männer euch viel um die Kinder gekümmert hätten! Auf uns liegt doch die ganze Last! Wir müssen sie in die Welt setzen und aufziehen, ihr doch nicht!“ „Erziehen! Verhauen tut ihr sie, daß sie liegen bleiben — das nennt ihr dann Erziehung!“ schrie eine andere. Der Mann wandte sich wieder der Ladentür zu. Dann spuckte er in weitem Bogen auf das Pflaster. „Mit euch Weibervoll mich hier herumzanken...“ brummte er. Aber niemand antwortete mehr. Die Frauen sahen wieder zurück in ihr stumpfes Warten. Einige seufzten, andere lehnten sich an die Hauswand oder auf die vor ihnen Stehenden, um die Müdigkeit zu bekämpfen, die unaufhörlich von den Füßen ins Gehirn troch. Aber plötzlich fuhren alle zusammen. Ein junges Weib sprang aus der festgeschlossenen Menschenreihe heraus und stürzte auf den Mann am Eingang los. „Wer hat denn den Krieg gemacht, wer hat uns denn in den ganzen Dreck hereingebracht? Ihr seid's gewesen, ihr Schweine! Wenn wir Frauen zu bestimmen hätten, dann gäb's keinen Krieg! Und dann noch das Maul aufreißn, was!“ Mit geballten Fäusten ging sie auf den Mann los. Die hinter ihr Stehenden hielten sie zurück. „Aber Frau Sessler! — Ja, was ist denn mit Ihnen, Frau Sessler!“ Die Frau sah wild und verstört um sich. Dann schluchzte sie plötzlich laut auf. „Ich halt's nimmer aus! Berrückt werd ich noch von dem ewigen Warten! Warten auf Nachricht von

draußen, warten auf das bißchen Fressen, warten, bis alles endlich ein Ende nimmt! Und daheim die vier Kinder! Und da muß man sich hier noch so was sagen lassen!“ Sie weinte verzweifelt. Einige Frauen machten ihr gutmütig Platz und schoben sie in den Zwischenraum. „Da, kommen Sie her, Frau Sessler, wir lassen Sie vor, da kommen Sie schneller dran. Es dauert nimmer lang.“ Aber die junge Frau schluchzte weiter und ließ sich nicht beruhigen. „Sie ist wieder in der Hoffnung. Ihr Mann war vor einem halben Jahr auf Urlaub. Jetzt steht er an der Somme, und sie hat seit 14 Tagen keine Nachricht“, kifferte jemand. „Ich hab meinen Mann und meine drei Jungen draußen gehabt. Einer ist tot, der andere hat den Arm verloren, bloß der älteste und mein Mann sind noch unverwundet.“ „Meine zwei liegen im Lazarett, der eine hat einen Lungenabschuß, der andere Gasvergiftung. Und ich muß auch warten und aushalten. Was will man denn machen? Man kann ja nichts machen. Das Heulen nützt doch auch nichts.“ Die immer noch schluchzende Frau hatte alles gehört. Außer sich wandte sie sich um. „Nichts machen, wir können nichts machen!“ schrie sie. „Wir können schon was machen! So machen müssen wirs, wie die heut morgen!“ Sie deutete auf die zerbrochenen Scheiben. „Dann merken die da oben, was los ist.“ Einige nickten verstohlen. Andere sahen zu dem Polizisten hinüber, der scheinbar zufällig an der Ecke stand, die Gruppe aber ständig im Auge behielt. „Seien Sie doch still, Frau Sessler!“ — „Sie bringt sich noch ins Kittchen, sie ist ganz ohne Verstand.“ „Gott sei Dank, eben wird aufgemacht.“ Die Frauen drängten nach vorn. Der Bäckermeister schloß selbst die Ladentür auf. „Drängt doch nicht so. Ihr kommt ja alle dran — es ist genug da“, sagte er beruhigend. Aufatmend nahm Frau Loriot ihre Brotkrante in Empfang. Sie vertrug das lange Stehen nicht, ihr war schwindlig und übel. Und doch vermochte sie nicht, in die Klagen der Frauen um sie her einzustimmen. Es war ihr nicht gegeben. Außerdem fühlte sie eine innere Verpflichtung, als Angehörige des Bürgerturns den Frauen der Handwerker und Arbeiter kein schlechtes Beispiel zu geben. Man durfte doch denen an der Front nicht in den Rücken fallen. Man mußte die Zähne zusammenbeißen und durchhalten, weiter gab es jetzt nichts. (Fortsetzung folgt.)

Jungbanner wirbt.

Republikanische Kundgebung auf dem Wedding.

Zu einer höchst eindrucksvollen Feier hatte am Dienstagabend das Jungbanner Wedding vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingeladen, um auch clamat vor Fremden und vor Gegnern die Grundzüge der Jungbannerarbeit darzulegen.

Der große Saal des „Zwinnmünder Gesellschaftshauses“ war voll besetzt, als der Führer des Jungbanners Wedding, Max Fied, die Kundgebung eröffnete. Zunächst wurde der eindrucksvolle Film von der gewaltigen Verfassungsfeier im Jahre 1929 vorgeführt, der den Anwesenden die Größe und die Disziplin der Reichsbannerformationen zeigte. Ein Trickfilm, betitelt „Ein Blick ins Dritte Reich“, erntete stürmischen Beifall und größte Heiterkeit, nicht zuletzt an den Stellen, die eine vorzügliche Jenzur auszumergen für gut hielt. Jedesmal, wenn der weiße Fied an der Leinwand erschien, brach ein nicht euden wollendes Gelächter aus. Schade, daß die Herren Jenzuren nicht dabei waren. Im Anschluß an die beiden Filme sprach Dr. Theodor Haubach zu den Anwesenden und forderte die Jungarbeiter auf, dem Jungbanner und dem Vortrupp beizutreten. In längeren Ausführungen wies er darauf hin, daß es heute für die Jugend darauf ankomme, sich zu entscheiden und sich mit aller Kraft gegen die faschistische und kommunistische Katastrophenspolitik zu wenden. Das Reichsbanner mahne die Arbeiterklasse zur Abwehr, aber zur disziplinierten, geordneten Abwehr, da mit terroristischen Einzelmaßnahmen niemals ein Gegner überwunden werden könne. Nicht zum Kaufen, sondern zum Handeln sei das Reichsbanner da.

Am Anschluß an die außerordentlich wirkungsvolle Rede wurde dann eine Revue von Mitgliedern des Jungbanners gespielt, eine derbe politische Satire auf die NSDAP, die starke Heiterkeitsausbrüche auslöste. Der wohlgelungene Abend wurde nach Gründung des Vortrupps Wedding durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden Max Fied geschlossen. Alles in allem war der Abend ein voller Erfolg und dürfte dem Reichsbanner manchen neuen Freund und manches neue Mitglied zugeführt haben.

Selbstmord auf der Börse.

Bremer Bankdirektor erschossen aufgefunden.

Bremen, 25. November.

Gegen Schluß der heutigen Börse erschoss sich in der Bremer Börse der stellvertretende Direktor Behrens des Bankvereins für Nordwestdeutschland u. a. Bremen. Behrens verübte den Selbstmord in der Börse in der dem Bankverein zugewiesenen Zelle, indem er sich mit einem Jagdegewehr eine Kugel in den Kopf schoß. Der Selbstmord steht in keinem Zusammenhang zu der geschäftlichen Stellung des Bankdirektors, was eine sofort eingeleitete Revision ergab. Die Veranlassung scheint vielmehr in zerrütteten ehelichen Verhältnissen zu liegen.

Flammentod eines Wächters.

In der Nacht zum Mittwoch hat der 52jährige Wächter August Dietrich aus der Ottenfelder Straße 8 in Köpenick einen schrecklichen Tod gefunden. Nach seinem Rundgang hatte D., der bei einer Tischfirma in der Radlerstraße in Köpenick beschäftigt ist, den Defensivballistenschein aufgeschloßen. Aus dem Ofen mußten bald darauf unbemerkt glimmende Kohletellen in den Wagen gefallen sein, die den Fußboden in Brand setzten. Durch die Rauchgase wurde der Wächter bewußtlos. Das Feuer griff im Wagen immer mehr um sich. Das Feuer wurde erloscht und die herbeieilende Feuerwehr konnte Dietrich aus dem brennenden Wagen bergen. Mit einer schweren Rauchvergiftung und

Eine unglückliche Mutter.

„Warum lassen sie mir meinen Jungen nicht?“ / Versuchter Totschlag

Das Landgericht I verurteilte die 35jährige Dora F. wegen versuchten Totschlages an ihrem zehnjährigen Sohn Horst zu sechs Monaten Gefängnis. Drei Monate der Untersuchungshaft wurden ihr anzurechnen, für den Rest der Strafe erhielt sie Bewährungsfrist. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Als die damals 27jährige Dora F. den 24 Jahre älteren Delinquenten F. kennen lernte, und seine Wirtschaftlerin wurde, ahnte sie nicht, daß das Zusammenleben mit dem Manne, den sie lieb gewonnen hatte, sehr bald für sie zur Quelle unerwünschter Qualen werden würde. Sie kam in andere Umstände, heiratete F. Der Alters- und Glaubensunterschied — er war Jude, sie Christin —, das verschiedenartige Milieu, aus dem beide stammten, die anders gearteten Charaktere — alles dieses ließ die Ehe unglücklich werden. Die Frau glaubte, daß der Mann sie mit verschiedenen anderen Frauen betrüge, sie bekam zu wenig Wirtschaftsgeld, der Jank und Streit artete in Taktigkeiten aus. Die Frau verließ mit dem Kinde ihren Mann, kehrte aber zu ihm zurück.

Der Kleine litt unter den Zwistigkeiten der Eltern, und ergriff nicht selten Partei für die Mutter; im Dezember 1930 packte die Frau ihre wenige Habe und fuhr mit dem damals zehnjährigen Horst zu einer Bekannten. Das Gericht belieh dem Vater die persönliche Sorge um das Kind. Das war am 16. Februar 1931. Der Kleine Horst aber wollte nicht zum Vater zurück. „Horst“, sagte die Mutter, „wollen wir beide für immer einschlafen?“ „Das wäre aber schön“, meinte der Kleine. Sie ging mit dem Jungen von Apotheke zu Apotheke, besorgte sich vierzig Tabletten Roctal, ein verhältnismäßig harmloses Schlafmittel, fuhr nach Tegelfort in die Laube des Chemanns, schrieb hier einen Abschiedsbrief an ihre Mutter: „Bereite mir, daß ich Dir das antue, ich kann den Jungen nicht hergeben“, — setzte ein Testament auf, schrieb einen Brief an die Kriminalpolizei und an den Chef des Mannes, beschuldigte diesen des Diebstahls an seiner Arbeitsstelle, gab dem Knaben 16 Tabletten ein und nahm selbst 20 davon zu sich.

Am nächsten Tage fand man Mutter und Kind in tiefem Schlaf. Der Kleine kam ins Jüdische Krankenhaus, die Mutter in ein anderes Krankenhaus, im Mai wurden beide entlassen. Am Tage nach der Entlassung erschien der Junge ganz plötzlich bei der Großmutter; er war aus dem Kinderheim ausgerissen, um die Mutter zu besuchen. Teht begann der Kampf der Mutter um ihren Sohn. Horst wollte nicht von ihr fort, der Vater hatte aber das Sorgerecht. Er brachte den Knaben bei seiner Schwester unter, hinderte die Mutter daran, sich mit ihrem Kinde richtig auszusprechen. Sie hatte es heimlich von der Schule ab, fuhr mit ihm nach Bernau in der erneuten Absicht, mit ihm aus dem Leben zu scheiden, wurde aber von einer Bekannten davon abgehalten und in Untersuchungshaft genommen. Das Kind kam ins Waisenhaus, die Mutter suchte es nach ihrer

Entlassung aus dem Gefängnis auf. Der Kampf um den Knaben dauerte an, der Kleine lehnte sich zur Mutter zurück, und im August verschwand sie mit ihm aus Berlin. Sie reiste von Stadt zu Stadt, litt Not und wurde schließlich im Rheinland im Oktober verhaftet und erneut in Untersuchungshaft genommen.

Vor Gericht stand eine unglückliche Mutter. Sie hat ihren Kampf um den Jungen vorläufig aufgegeben. Sie will ihn im Waisenhaus belassen, bis er die Schule verlassen hat. Der Mann, der keinen so schlechten Eindruck machte, wie man es nach der Schilderung der Frau erwartet hatte, erklärte, daß ihm an der Bestrafung seiner Frau, mit der er jetzt in Scheidung lebe, nichts gelegen sei; es sei ihm nur um die Sicherheit seines Sohnes zu tun. Die Frau nahm das Urteil von sechs Monaten Gefängnis an.

Wie Goebbels informiert.

„Angriff“-Redakteur Lippert wegen Beleidigung verurteilt.

Der Amtliche Preussische Pressedienst hatte im Frühjahr gemeldet, daß ein Kaufmann Hofmann aus Krosen in Pommern sich als Wanderredner der NSDAP betätige und gegen den preussischen Staat und das Deutsche Reich hebe. Es sei festgestellt, daß dieser Hofmann vor dem Schnellgericht in Greifswald wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden sei, von fünf Staatsanwaltschaften gesücht werde und daß der Regierungspräsident von Stralsund gegen ihn das vorbeugende Redeverbot verhängt habe.

Diese Meldung zitierte der „Angriff“ des Dr. Goebbels unter der knalligen Überschrift: „Sie lügen. Der Amtliche Preussische Pressedienst schwindelt.“ Der Reichspropagandachef habe festgestellt, daß es ein Mitglied namens Hofmann überhaupt nicht gebe. Auch der Amtliche Preussische Pressedienst scheut anscheinend nicht vor unwahren Nachrichten zurück, wenn es sich um die verhasste NSDAP handelt.

Wegen dieser Kotiz hatte Ministerpräsident Brauns für die Beamten des Amtlichen Preussischen Pressedienstes Strafantrag gestellt wegen übler Nachrede und Beleidigung. Das Ermittlungsverfahren ergab, daß Hofmann tatsächlich ein Jahr lang Wanderredner der NSDAP war.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte führte der angeklagte verantwortliche Redakteur des „Angriff“, Dr. Lippert, zu seiner Entschuldigung an, daß er vom Reichspropagandachef Dr. Goebbels falsch informiert worden sei. Das Gericht ließ diese Erklärung als Willkürungsgrund gelten und verurteilte Dr. Lippert zu 200 Mark Geldstrafe.

Brandwunden wurde er ins Köpenicker Krankenhaus gebracht. Dort ist der Verunglückte bald nach seiner Aufnahme gestorben.

Eine neue Baude im Riesengebirge.

Am im Riesengebirge zwischen den Grenzgebäuden und der Schneekoppe eine Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen, ist am Fuße der Schwarzen Koppe, in der Nähe der Emmaquelle, die Errichtung einer neuen Baude geplant. Die Baude, mit deren Bau bald begonnen werden soll, wird sicher ein beliebter Stützpunkt für den Winterportverkehr werden, da die Bauden wegen ihrer hohen Lage, die große Schneeficherheit ermöglicht, von den Winterportlern als Quartiere bevorzugt werden.

Reisarten der Reichsbahn.

Eine begrüßenswerte Neuerung.

Am 1. Januar 1932 wird die Reichsbahn Reih- und Bezirkskarten einführen. Zur Bildung von Reiskarten ist das gesamte Reichsbahngebiet in Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden in 16 Gebiete eingeteilt worden, die sich zum Teil überschneiden und von denen jedes etwa 6000 Kilometer umfaßt.

Ein solches Teilgebiet kann auf Reiskarten nach Art der Zeitkarten zu einem Pauschalbetrag ausgegeben und beliebig häufig bereit werden. Ueber diese Gliederung hinaus werden die Reichsbahndirektionen in ihren Wirtschaftsgebieten eine Unterteilung nach Verkehrsgebieten kleineren Umfangs vornehmen. Solche Gebiete können mit Bezirkskarten bereit werden; sie sollen je nach Bedarf einen Streckenumfang von etwa 600 Kilometern oder 1000 Kilometern umfassen bei einer durchschnittlichen Luftlinienentfernung zwischen den äußersten Endpunkten ihres Geltungsbereichs von etwa 75 Kilometern oder 100 Kilometern. Reih- und Bezirkskarten werden als Monatskarten ausgegeben ohne Bindung an den Kalendermonat. Es ist also möglich, Karten von jedem beliebigen Lösungstage ab einen vollen Monat zu benutzen. Außerdem werden Bezirkskarten auch für eine Kalenderwoche als Bezirksteilmonatskarten ausgegeben.

Die Reiskarten gelten für alle Züge, also auch für Schnellzüge. FD-, FFD- und Luxuszüge können gegen Bezahlung der besonderen tarifmäßigen Zuschläge dieser Züge ebenfalls benutzt werden. Die Zahlen in Klammern sind die Preise bei Benutzung der 2. Klasse. Als Preise für die Reiskarten sind in Aussicht genommen: für die 3. Klasse 100 M. (130 M.). Für die Reiskarten des wesentlich kleineren Reges Ostpreußen soll der Preis in der 3. Klasse auf 65 M. (82 M.) angelegt werden, außerdem wird für Ostpreußen in Verbindung mit Berlin eine Reiskarte zum Regelpreis von 100 M. (130 M.) ausgegeben.

Schauspieler schaffen sich ein Abendheim.

Der Kolbund Deutscher Bühnenangehöriger e. V. hat in den vorderen Restaurationsräumen des „Tingel-Tangel“, Kantstraße 12, eine Gaststätte für Schauspieler eingerichtet. Hier sollen Schauspieler für billiges Geld zu jeder Nachtzeit — das Lokal ist vorderhand nur als Abendheim gedacht und laut polizeilicher Genehmigung von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geöffnet — eine gute Küche vorfinden, wie oft kommt es vor, daß ein Künstler mit dem letzten Zug müde und abgebeht aus einem Engagement kommt und heilfroh ist, noch einen Teller warmer Suppe zu bekommen.

Für später ist auch an die Ausgabe von Mittagessen zum Preise von 60 bis 70 Pfennig gedacht, hierfür soll der angrenzende Schlaraffia-Saal, der 200 Personen faßt, dazugenommen werden. In einfach, aber behaglich ausgestatteten Räumen, deren Wände gute Bilder schmücken, die um Kaufstübe werden, sieht das ach so ernst gemordene Volkchen von Brettl und Bühne beisammen und diskutiert eifrig Existenzfragen. Ab und zu steigt auch einmal ein Witz auf und der getriebelte Frohsinn bricht durch; dann gibt es Besuch eines Prominenten, alles atmet die lebensbejahende Atmosphäre des Siegreichen und neu belebt hofft man, vielleicht ...



Pflege Deinen Hals täglich ... gurgle trocken mit

Waldbrun

es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne!

Genossenschaft der Zweihunderttausend

Generalversammlung des Konsums — 1 1/2 Millionen Rückvergütung

In der am 23. November im Lehrer-Bereinshaus abgehaltenen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung gedachte der Aufsichtsratsvorsitzende, Genosse Michaelis, der verstorbenen Genossenschaftsfunktionäre in ehrenden Worten, wobei er die Verdienste des früheren, kürzlich in Hamburg verstorbenen Geschäftsführers Andreas Mirus besonders hervorhob.

Bei der Erstattung des Geschäftsberichts betonte Genosse Paul Lange das trotz aller wirtschaftlichen Hemmungen beträchtliche Anwachsen der Mitgliederzahl, die im neuen Geschäftsjahr bereits das zweite Hunderttausend überschritten habe. Größtenteils ist die starke Anteilnahme der Frauen an der Konsumgenossenschaftlichen Organisation, die sich u. a. darin befand, daß in der Mitgliedschaft die Frauen überwiegen. Kaufkraftschwund und Preisverabstufungen haben wohl eine wertmäßige Umschmäuerung um 4 Proz. gegenüber dem Vorjahr herbeigeführt, mengenmäßig jedoch hat der Umsatz eine erhebliche Steigerung erfahren. So ist beispielsweise der Umsatz in Butter mengenmäßig um 4,4 Proz., der Umsatz in Margarine um 1,9 Proz. gestiegen; wertmäßig ist hingegen in Fettwaren eine Umschmäuerung um 9,1 Proz. eingetreten. Eine starke Beeinträchtigung erfuhr der Umsatz in Limonaden und Mineralwassererzeugnissen. Die Schuld hieran trägt die unbillige Mineralwassersteuer, die eine Verteuerung der alkoholfreien Getränke zur Folge hatte und damit zum Niedergang des Gewerbezweiges führte mit dem Ergebnis, daß das Heer der Arbeitslosen um 2000 vermehrt wurde. Die Wirtschaftsschrumpfung in Verbindung mit erhöhten Belastungen wirkt sich für die Gesamtwirtschaft in Mindererträgen aus. Wie jeder einzelne Verbraucher, leidet auch die Genossenschaft unter der Illusion der Verhältnisse, weshalb die Umschmäuerung für das Geschäftsjahr 1930/31 eine Beschränkung auf 2 Proz. erfuhr. Die Gesamtsumme der Rückvergütung beträgt 1 1/2 Millionen Mark; sie entspricht einer Verzinsung der von den Mitgliedern eingezahlten Geschäftsguthaben in Höhe von 25 Proz. Mit der Auszahlung der Rückvergütung an diejenigen Mitglieder, die ihren Geschäftsanteil voll aufgeführt haben, wird am 7. Dezember begonnen. Am Schluß seines Berichts erwähnte der Berichterstatter Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“, in denen nach einer sachlichen Würdigung des Geschäftsberichts gesagt wird, daß die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung die triftigen Zeiten gut überstanden habe. Den Bericht des Aufsichtsrats brachte Genosse

Michaelis den beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern den Dank der Verwaltung zum Ausdruck.

Nach einer Aussprache, in der mehrere kommunistische Vertreter zu Worte kamen, wurde gegen wenige Stimmen dem Vorstand Entlastung erteilt sowie die Bilanz und der Verteilungsplan der Ertrübrigung genehmigt; nach dem letzteren werden 30 000 Mark dem Reservefonds und 6357 Mark dem Spezialreservefonds überwiesen. Die eigene Zeitung der Genossenschaft wird vom 1. Januar 1932 ab — hierzu erteilte die Generalversammlung ihre Zustimmung — unter dem Titel „Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“ erscheinen.

Zum Punkt Vorstandswahlen dankte Genosse Michaelis den aus ihrem Amte scheidenden Genossen Hille und Schreiber für ihre langjährige Tätigkeit im Dienste der Genossenschaft (Genosse Hille tritt in den Ruhestand, Genosse Schreiber wird an anderer Stelle der Genossenschaft seine Kräfte widmen). Für die freigeordneten Vorstandskandidaten der Aufsichtsrat in Vorschlag die Genossen Albert Böhm, Dresden und Otto Haacke, Köln am Rhein. In längeren Ausführungen äußerten sich die Vorgesetzten in grundsätzlicher Weise zu den wichtigsten genossenschaftlichen Fragen. Es gilt die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft zu sichern, wobei auf die Unterstützung der genossenschaftlichen Körperchaften und der Belegschaft gerechnet wird. Am Grundloß parteipolitischen Neutralität ist festzuhalten; Meinungsverschiedenheiten können stets in sachlicher Weise ausgeglichen werden. Die Erörterung der genossenschaftlichen Organisation wird dazu führen, die Heberlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaft über die auf Profit gerichtete Privatwirtschaft darzutun und der Gemeinwirtschaft die Zukunft sichern. Gegen Knapp ein Duzend Stimmen kommunistischer Vertreter wurde von der Generalversammlung die Wahl der Genossen Böhm und Haacke zu Vorstandsmitgliedern vollzogen.

Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden 292 Stimmen abgegeben; 264 Stimmen entfielen auf den Vorschlag der Gruppe „Genossenschaftsaufbau“, 28 Stimmen erhielt ein kommunistischer Wahlvorschlag. Gewählt sind sämtliche Kandidaten der Vorschlagsliste „Genossenschaftsaufbau“, und zwar: Gustav Kuyner, Walter Wisch, Emil Buchholz, Daniel Borkel, Karl Paulus, Georg Rübelschl und Arthur Kriente; als Ersatzpersonen: Emil Barlow, Oskar Wigle, Florenz Sprafke, Karl Langermann, Margarete Köhler, Ulvira Krüger und Emma Mathias.

Die Generalversammlung stimmte sodann einer neuen Formulierung der Sparsassenordnung zu, die am 1. Dezember 1931 in Kraft tritt.

Kaufkraftmord?

Glänzende Ausfuhrentwicklung der Gummi-Industrie — und doch Lohndruck?

Die deutsche Gummi- und Gummiwarenindustrie hat trotz Weltwirtschaftskrise eine mengenmäßig glänzende Ausfuhrentwicklung. Der wichtigste Rohstoff, der Kautschuk, ist von allen Rohstoffen am stärksten im Preise gefallen und hat den überwiegenden Kostenanteil. Er kostete im Oktober 1931 nur noch ein Viertel des Preises von 1913 und ein Zwanzigstes des Preises von 1925. So mußte der Wert der Gummiwarenausfuhr sinken; das bedeutet aber nichts für die Gewinne. Die Ausfuhr in den letzten Monaten 1931 ist mengenmäßig höher als in dem Hochkonjunkturjahr 1929!

	Ausfuhr in Millionen Mark	Ausfuhr in 1000 Doppelzentner
1913	127,5	192
1925	95,0	154
1927	102,4	164
1928	114,7	187
1929	131,1	225
1930	113,7	215
Monatsdurchschnitt 1929	10,92	18,75
1930	9,47	17,9
1931 (10 Monate)	7,7	16,65
August 1931	7,4	16,9
September 1931	8,4	19,2
Oktober 1931	8,1	19,4

Die Einfuhr ist stark zurückgegangen; sie betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 1930 27,8 Millionen, für die gleiche Zeit des Jahres 1931 jedoch nur 17,5 Millionen Mark. Ein Einfuhrrückgang von 38 Prozent!

Die Löhne haben also die deutsche Industrie nicht gehindert, die Konkurrenz zu schlagen. Dennoch will man eine starke Lohn-

senkung! Dabei ist der Lohnanteil minimal, besonders in der Bekleidungsindustrie. Nach amtlichen Feststellungen kamen

	Auf Löhne und Gehälter	Auf Rohstoffkosten
1925	8,4 Proz.	67,4 Proz.
1926	8,1	58,0
1927	9,2	57,3
1928	9,3	51,5
1929	9,0	55,5

Der Lohnanteil ist 1929 trotz Lohnsteigerungen noch gesunken. Und doch sollen hier noch Löhne gesenkt werden. Das wäre bewußter Kaufkraftmord!

Dividende für Siemens.

Personalveränderung im Vorstand.

In der am Mittwoch abgehaltenen Aufsichtsratsitzung des Siemens-Konzerns wurde zur Betriebslage berichtet, daß der Tiefstand des Beschäftigungsgrades noch nicht erreicht sei. Es wird für die nächsten Monate ein weiterer Rückgang der Exportmöglichkeiten befürchtet.

Im allgemeinen war die Situation im Schwachstromgeschäft besser als in den Starkstrombetrieben. Trotz der undurchsichtigen Lage wird die Schwachstromgruppe des Konzerns, die Siemens u. Halske u. G., auch für 1930/31 eine Dividende verteilen, die allerdings gegenüber dem Vorjahr erheblich gesenkt wird. — Ueberraschend kommt der Rücktritt des Generaldirektors Dr. Franke, dessen Wahl zum Aufsichtsrat auf der kommenden Generalversammlung vorgeschlagen wird. Ob der Rücktritt von Dr. Franke durch persönliche Differenzen oder durch Krankheit bedingt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Den Posten des Generaldirektors übernimmt Dr. von Buol.

Montanbilanz Nr. 3

Hoersch-Konzern 5,8 Millionen Mark Verlust.

Nach Klöbner und der Gute Hoffnungshütte A.-G. veröffentlicht jetzt als dritter Montankonzern die Stahl- und Zehengruppe Hoersch-Röln-Reuessen ihren Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31.

Im Gegensatz zu Klöbner und der Gute Hoffnungshütte A.-G. hält Hoersch an starken Abschreibungen fest, da es ihm bei seinem sehr hohen Reservebestand ein leichtes ist, den ausgewiesenen Verlust aus den Reserven zu decken. Abschreibungen und Sonderrücklagen werden mit 13,6 Millionen Mark ausgewiesen und liegen noch um 1,2 Millionen über dem Stande des vorhergehenden Jahres. Der im wesentlichen durch diese scharfe Abschreibungspolitik errechnete hohe Verlust von 5,8 Millionen wird durch Inanspruchnahme der Reserven, die mit ihrem offen ausgewiesenen Bestand fast 50 Millionen Mark erreichen, abgedeckt. Der Geschäftsbericht wird erst Ende der Woche veröffentlicht.

Kremer-Indianer ist schwach geworden.

Die Ursachen für die Zahlungsunfähigkeit der Kremer-Zigaretten-Werke G. m. b. H. sind noch nicht ganz geklärt. Es scheint aber festzustehen, daß sich hier einmal die Sünden einer spekulativen Rationalisierung schon nach sehr kurzer Zeit herausgestellt haben.

Dieses Unternehmen hatte zum ersten Male in Deutschland die Zigarettenfabrikation mit teuren amerikanischen Maschinen versucht. Trotz der großzügigen Indianer-Kelome ist offenbar der Umsatz nicht erreicht worden, der eine Ausnutzung der Maschinen gewährleistet. Aber Zinsen und Tilgungsraten auf die auf Kredit gekauften Maschinen werden zu einer erdrückenden Last, wenn diese nicht voll ausgenutzt werden. Außerdem sind wohl auch die Vorteile der maschinellen Fabrikation gegenüber der Handfabrikation überschätzt worden.

Der Vergleichsvorsicht sieht volle Befriedigung der Gläubiger vor; diese müssen sich aber mit einem langfristigen Zahlungsausschub und einer 6-prozentigen Verzinsung ihrer Forderungen zufriedengeben. Die holländischen Tabaklieferanten (rund eine Million Forderungen) sollen sich einverstanden erklärt haben. Herr Kremer selbst hat aus Tabaklieferungen an die G. m. b. H. eine Forderung von 2,2 Millionen Mark, die erst nach Befriedigung der anderen Gläubiger gezahlt werden soll.

Auch im Zigaretten-Handel häufen sich jetzt die Schwierigkeiten. Zweifellos ist der Handel mit Tabakwaren überflutet; dazu ist der Umsatz infolge der gesunkenen Kaufkraft um 30 Prozent zurückgegangen. Die Berliner Firma Richter u. Franke G. m. b. H. hat die Zahlungen eingestellt, nachdem schon die Magdeburger Handelsfirma Vönder u. Winterfeld (40 Filialen) in Schwierigkeiten geraten war.

Einigung Telefunken und Philips.

Die Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie teilt mit: Zwischen den beiden größten europäischen Gesellschaften auf dem Radiogebiet, Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H., Berlin, und R. V. Philips' Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, sind Vereinbarungen getroffen worden, die eine enge Zusammenarbeit, besonders in bezug auf die technische Entwicklung anstreben.

Zu diesem Zweck sind Abmachungen über die Benutzung der Patentrechte beider Firmen getroffen worden. Ferner soll in gemeinschaftlicher Arbeit die Rationalisierung der Herstellung und des Betriebes durch Verringerung der Typenzahl, Auswechselbarkeit und Ähnliches angestrebt werden. Infolge dieser Vereinbarungen sind die zwischen den Firmen schwebenden Prozeßstreitigkeiten beigelegt worden. Die Verhandlungen beziehen sich nicht allein auf die Heimatländer der beiden Firmen, sondern umfassen praktisch die ganze Welt.

Erfolgreiche Geschäftspolitik bei Schuhfabrik Lingel. Die große Erfurter Schuhfabrik Eduard Lingel A.-G. hat das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/31 verhältnismäßig gut überstanden. Der Rückgang des Umsatzes, der durch die scharf absinkende Kaufkraft der Bevölkerung eintrat, konnte durch fabriksrationalistische Umstellung auf billige Marken aufgehalten werden. Mengemäßig betrug er 6,8 Proz., wertmäßig allerdings rund 11 Proz. Von dem Reingewinn von rund 145 000 Mark wird keine Dividende verteilt, sondern der Ertrag zu Rückstellungen und zum Vortrag auf neue Jahresrechnung verwendet. — Weniger günstig scheint die gleichfalls in Erfurt arbeitende Schuhfabrik Hef abgesehen zu haben. Jedenfalls sieht sich dieses Unternehmen veranlaßt, von Berlin abzugehen. „Familien eigenen Verkaufsläden wieder aufzugeben, da diese sich bei dem anhaltenden Umsatzrückgang nicht rentierten.“

Die neuen Reichsbahnaufträge.

Soll weiterer Lohnabbau die Anturbelung verhindern?

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hat in seinen Sitzungen am Montag und Dienstag Beschlüsse über die Verwendung der Reichsbahnleihe gefaßt. Insgesamt werden außerhalb des normalen Beschaffungsprogramms zusätzliche Aufträge im Werte von rund 250 Millionen Mark vergeben. Unter Berücksichtigung des Bedarfs der Reichsbahn hat der Verwaltungsrat bei der Vergabe der Aufträge in erster Linie die Wirtschaftszweige berücksichtigt, bei denen eine möglichst große Zahl von Neueinstellungen zur Durchführung der Aufträge stattfindet. Im einzelnen verteilen sich die neuen Aufträge auf folgendes Material:

	Mill. M.
Oberbau (Schienen, Schwellen, Kleineisen, Steinschotter)	80
Neubauten (darunter Elektrifizierung der Wannseebahn)	59
Sonst. Baulanlagen (Sicherungsanlagen, Brücken, Gebäude)	60
Fahrzeuge (Lokomotiven, Waggons, Kraftwagen)	35
Fahrzeugverbesserungen	12
Maschinelle Anlagen	4
	250

Auf die einzelnen Industrien entfallen folgende Auftragsmengen: Eisen- und Stahlindustrie 51,5 Mill. Mark, Maschinen- und Fahrzeugbau 59 Mill. Mark, Industrie der Steine und Erden 16,5 Mill. Mark, Baugewerbe 94,5 Mill. Mark, Elektroindustrie 5,3 Mill. Mark, Holzindustrie 8,1 Mill. Mark. Hierzu kommen noch zusätzliche Lohnaufwendungen der Reichsbahn für den Einbau des Oberbaumaterials und die Werkstättenarbeiter.

Für den Lokomotiv- und Waggonbau, der wegen gänzlichen Arbeitsmangels in letzter Zeit zu Massenentlassungen schreiten mußte, sind für das Jahr 1932 Gesamtbestellungen in Höhe von 75 Millionen vorgesehen. Hieron entfallen 17 Mill. Mark auf den Dampflokomotivbau, 48 Mill. Mark auf den Waggonbau und 10 Mill. Mark auf den elektrischen Lokomotivbau. Die Zuteilungen von 35 Mill. Mark bei der Vergabe der Aufträge aus der Reichs-

bahnleihe sind in dieser Gesamtsumme für den Fahrzeugbau enthalten.

Das neue Auftragsprogramm der Reichsbahn wird, wenn auch in beschränktem Umfang, die Wirtschaft beleben oder zum mindesten den verheerenden Schrumpfungsprozeß aufhalten. Will die Reichsregierung die belebende Wirkung dieser Reichsbahnaufträge, die erst durch große Steueropfer des Reichs ermöglicht wurden,

durch eine neue Lohnsenkungswelle wieder zunichte machen, oder wird sie sich endlich dazu aufraffen, durch gleichzeitige Preisensenkung diese von den Reichsbahnaufträgen ausgehende Anfangsbelebung zu einer fühlbaren Anturbelung der Wirtschaft zu benehgen?

Reichsbank am 23. November.

Der Reichsbankausweis vom 23. November zerstreut einigermaßen die Bedenken, die man in der Vormoche haben konnte. Die Kreditentlastung war im November so stark, daß die Beanspruchung zum Oktoberende schon mehr als ausgeglichen ist. Die Gold- und Devisenverluste betragen in der vergangenen Woche — wir teilten das gestern schon mit — „nur“ 13,7 Millionen Mark.

Die Bestände an Handelswechseln gingen um 126,4 auf 3655 Mill. zurück, die an Lombarddarlehen nahmen um 5,6 auf 119 Millionen zu. Die Bestände an Reichsbankwechseln blieben gering. Fremde Gelder auf Girokonto vermehrten sich um 17,6 auf 424,4 Millionen.

Der Notenumlauf verringerte sich um 176,3 auf 4277,2, der Umlauf an Rentenmarkscheinen um 4,9 auf 408,6 Millionen. In der vergangenen Woche wurde wieder für 29,4 Millionen Mark Gold verkauft; die Goldbestände verringerten sich auf 1008,6 Millionen Mark. Dagegen nahmen die Devisenbestände um 15,7 auf 176,5 Millionen zu. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen verbesserte sich gegen die Vormoche von 26,7 auf 27,5 Proz.

Deutsche

042 Telegramm aus mannheim

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit

von Mannm. durch Le

= an alle hausfrauen =

= sensationelle preissenkung für vim =

= normaldose nur noch 20 pfg = doppeldose 35 pfg =

= dazu auf jeder dose wertvoller gutschein =

= besseres universal = putz = u. scheuermittel

für so wenig geld gibt es nicht =

= sunlicht a.g. =

12. u. 31 durch an

003 V-25-61

Bundesausschuß des ADGB. zur Lage.

Jede weitere Lohnsenkung ist wirtschaftlich verhängnisvoll.

Gestern trat der Bundesausschuß des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus am Montag die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates zusammenfaßte.

Leipart gab bei Eröffnung der Beratungen sofort Grafmann das Wort, der zusammen mit Eggert den ADGB. im Wirtschaftsbeirat vertreten hat.

Grafmann hatontend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung selbstverständlich gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Beisätze, die der Reichskanzler in der Schlussfassung des Wirtschaftsbeirates vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, sondern Forderungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften noch auch, sicherem Berechnen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Beisätze zu setzen.

Grafmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, der ein anschauliches Bild von den

unvereinbaren sachlichen Gegensätzen

bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Abfallen der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Völkern, die bisher günstiger gestellt seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müssen so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von den Unternehmern nicht erst jetzt vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Unternehmer eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen, muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhindern, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch untragbarer werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind.

Es komme auf den Reallohn an.

Da die Preisentwertung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei, könne man schon für die volksbeschäftigsten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unorrätlichen Preissteigerungen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden.

Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Eggert ergänzte den Bericht Grafmanns. Die Frage steht so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Außer hat sich äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat mit einer Zusicherung von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen.

Die Regierung schätzte den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 Proz. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelt es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes.

Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diesen Standpunkt zu bestehen. Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen, oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen, oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeizuführen sei. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie

keine Abmachungen über die Lohnbedingungen

treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände. Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Annäherung der Vertreter des ADGB. zur Abwehr der Unternehmerpläne notwendig gewesen sei.

Leipart eröffnete die Aussprache und wies darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Unternehmer nichts Neues gelehrt. Diese wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Unternehmer zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung.

Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben.

Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbänden darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Streiks, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gelassen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Auswertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung der Lasten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegengesetzt. Das aber heißt wieder

alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen.

Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Änderung der Verträge bedingen.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß

der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgeschlagene Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf.

Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation.

Einmütig nahm der Bundesausschuß hierzu eine Entschließung an, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Anschließend nahm der Bundesausschuß in folgender Entschließung Stellung zu der geplanten

Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien.

„Der Bundesausschuß des ADGB. erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 Prozent der Broderzeugung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unumwiderproben nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerstückelung eines hochwertigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.“

Die Debatte über die zu erwartende Notverordnung entwickelte sich zu einer Aussprache über

die politischen Konsequenzen,

die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Kosten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen. In einer Reihe von Reden kam zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerreichbare Vertrauen ihrer Gefolgshaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Der Bundesausschuß wandte sich darauf dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung zu.

Welcher erstattete den Bericht über die Lage der Sozialversicherung in der Krise. Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft! Ueber die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung besteht noch keine volle Klarheit. Eine Aenderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plante man dem Anschein nach eine

„Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und der Invalidenversicherung.

Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der klei-

SPD-Fraktion der arbeitslosen Buchdrucker.

Freitag, 12½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal IV, Kundgebung der arbeitslosen Buchdrucker. Unser kollege, Reichstagspräsident Paul Löbe, spricht über: „Arbeite und Sozialismus“. Die Genossen der anderen graphischen Berufe sind ebenfalls eingeladen.

Der Fraktionsvorsitzend.

neren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1933 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragsentnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Renteneinnahmen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzuführen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibt. Die Not der Armen des Volkes dürfe keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Eine Entschließung des Bundesvorstandes wurde einstimmig angenommen, in der es heißt:

Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren.

Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsbau etwa auf dem Wege der Rotverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

Körner berichtigt.

Wo ist die untere Grenze für die Löhne?

Der Vorsitzende des Berliner Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, schreibt uns:

„Ihre Ausführungen in der Morgenausgabe vom 25. November 1931: „Körner desaguiert sich“, geben mir zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

Der Schiedsspruch für das Wägherergewerbe, der unter erheblichen Schwierigkeiten zustande gekommen ist und bei dem die weitergehenden Forderungen der Arbeitgeber unberücksichtigt geblieben sind, versucht den drohenden und für die Arbeitnehmer sehr gefährlicher tariflichen Zustand zu vermeiden. Ob er für die Parteien annehmbar ist, muß deren Entscheidung überlassen bleiben.

Jede, auch die schärfste Kritik wird wie bisher stillschweigend entgegengenommen und auf ihre Berechtigung geprüft. Nicht berechtigt sind aber die Schlussfolgerungen, die in bezug auf den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie gezogen sind, wie folgender Vergleich ergibt:

Der Wochenlohn eines ungelehrten Arbeiters in der Berliner Metallindustrie betrug 37 Mark, die geforderte Kürzung 10 Prozent. Der Wochenlohn der ungelehrten Arbeiter im Wägherergewerbe beträgt nach der im Schiedsspruch vorgenommenen Herabsetzung: Hilfsarbeiter und Mitarbeiter 40 Mark, Ausläufer 48 Mark.“

Dazu bemerken wir: Es handelt sich nicht um Ausläufer, sondern um Kraftfahrer. Der Unterschied wird Herrn Körner ohne weiteres klar sein. Aber auch Ausläufer kann nicht in die Kategorie der Ungelernten einreihen. Dazu kommt die dort seit Jahren herrschende Kurzarbeit, die das tatsächliche Einkommen entsprechend vermindert. Von den außerordentlich niedrigen Frauensalären bei einem sehr anstrengenden Beruf wollen wir erst gar nicht reden. Auch Herr Körner scheint nachträglich einzusehen, daß diese Löhne eine Minderung nicht mehr ertragen.

Im übrigen nehmen wir gerne zur Kenntnis, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in der Frage der Löhne der Berliner Metallindustrie auf dem Standpunkt beharrt, den er in dem bekannten Schiedsspruch eingenommen hat.

Tariffbewegung in der Schuhindustrie.

Das Lohnabkommen kurzfristig verlängert.

Die für den 24. November in Frankfurt am Main angelegten Lohnverhandlungen über den schwebenden Lohnstreik in der Schuhindustrie wurde — mit Rücksicht auf die angeforderten Maßnahmen der Reichsregierung — dadurch erledigt, daß die bisherigen Tarif- und Lohnbestimmungen bis zum 15. Dezember unverändert verlängert wurden.

ADGB-Verbreitungsbüro beim Reichstagengebäude, Freitag, 26 Uhr.
Vokal Ausbildung, Dablenstraße 9, Professionsvereinsgebäude.
ADGB-Verbreitungsbüro beim Reichstagengebäude, Freitag, 19½ Uhr.
Vokal Schreier, Jungfernstieg 7, Professionsvereinsgebäude. Gewisse Kreis
Reumann spricht über: „Die politische Situation“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Haus, 19½ Uhr, gegen die Gruppen: Appell: Jugendheim Gellertstraße 5 (Nähe Bahnhof Scharfweidestraße). Der organisatorische Aufbau der freien Gewerkschaften. — **Gewerkschaften**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm Str. 2, Frau Reichmanns, zum Vorkursus, 19 Uhr. — **Schüler**: Vor: Jugendheim Rote Schule, 18 (Jugendheim), Vorkursus, 19 Uhr. — **Verbandsentwicklung**: 1. Tempelhof, 2. Tempelhof, 3. Tempelhof, 4-6. Der Zugang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule, Ostenddamm, 18 und 19. — **Geldspende**: Reichshaus Str. 66 (Jugendheim), Das hohe Licht der Arbeit 19. — **Recht**: Jugendheim Rote Schule Str. 18-19, Gewerkschaften und Arbeitervereine. — **Staat**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19. — **Reinigung**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19. — **Reinigung**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19. — **Reinigung**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anästhetisten

Haus, Donnerstag, 19 Uhr, gegen die Gruppen: Appell: Jugendheim Gellertstraße 5 (Nähe Bahnhof Scharfweidestraße). Der organisatorische Aufbau der freien Gewerkschaften. — **Gewerkschaften**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm Str. 2, Frau Reichmanns, zum Vorkursus, 19 Uhr. — **Schüler**: Vor: Jugendheim Rote Schule, 18 (Jugendheim), Vorkursus, 19 Uhr. — **Verbandsentwicklung**: 1. Tempelhof, 2. Tempelhof, 3. Tempelhof, 4-6. Der Zugang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule, Ostenddamm, 18 und 19. — **Geldspende**: Reichshaus Str. 66 (Jugendheim), Das hohe Licht der Arbeit 19. — **Recht**: Jugendheim Rote Schule Str. 18-19, Gewerkschaften und Arbeitervereine. — **Staat**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19. — **Reinigung**: Jugendheim Rote Schule, Ostenddamm, Reichshaus, Ostenddamm, 18, 19.

Sie sparen bei der Zahnpflege, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpaste verwenden, denn eine kleine Menge davon genügt. Versuch überzeugt. Hütra Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

Das Calmette-Problem.

Neue Zwischenfälle im Säuglingsprozeß.

Lübeck, 25. November.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Tuberkuloseprozeß stellt Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Verteidiger des Angeklagten Dr. Altschädel, einen umfangreichen Beweisantrag. Es ist die Anklage gegen Dr. Altschädel auch auf Fahrlässigkeit bei der Einführung des Calmette-Verfahrens ausgedehnt worden. Dr. Hoffmann will nun darüber Beweis erheben sehen, daß bis zum 1. Oktober 1930 in einer großen Reihe von Ländern über eine Million Kinder ohne Schädigung mit Calmette geimpft worden sind.

Die Erörterung wird zu einem scharfen Vorstoß von Rechtsanwalt Dr. Fren, dem Vertreter der Nebenkläger, benutzt. Das Gericht, sagt er, werde zu entscheiden haben, ob die Beweisanträge nicht nur gestellt sind, um den Prozeß zu verschleppen. Wenn nämlich Hunderttausende von Kindern mit dem Calmette-Mittel geimpft worden sind, ohne daß Schädigungen eingetreten sind, dann soll uns doch endlich Aufklärung gegeben werden über die Lübecker „Biftflüche“.

In der fortgeführten Zeugenvernehmung machte Dr. Klison, der Vorsitzende des Ärztl. Vereins in Lübeck, eine so bemerkenswerte Aussage, daß das Gericht beschloß, sie protokolllarisch festzuhalten. Die Aussage wurde wie folgt protokolliert: Ich habe in der Versammlung des Ärztl. Vereins etwa folgendes gesagt: Zwar ist es richtig, daß die medizinische Wissenschaft international ist und daß man das Gute dort nehmen soll, was man es findet, aber ich halte mich in diesem Kreise für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es unter deutschen Ärzten bisher üblich gewesen ist, vor Einführung eines ausländischen Verfahrens die Prüfung unserer deutschen wissenschaftlichen Untersuchungsstellen abzuwarten. Wenn nun gar die Prüfung dieses Verfahrens in Deutschland durch außenpolitische Umstände erschwert worden ist, indem diese deutsche Prüfungsstellen das Mittel aus außenpolitischen Gründen vorenthielt, so muß man doch Bedenken tragen, dieses Verfahren in Lübeck einzuführen.

Berlins Konzertpflege.

Die Zuschüsse für die Philharmoniker und das Berliner Sinfonie-Orchester.

Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung die Kürzungen an den Zuschüssen für das Philharmonische Orchester und für das Berliner Sinfonie-Orchester nur auf die Hälfte der vorgeschlagenen Summen festzusetzen. Das Philharmonische Orchester wird demgemäß einen Zuschuß von 210 000 Mark statt 240 000 Mark nach dem Etatvoranschlag erhalten; das Sinfonie-Orchester erhält 157 500 Mark gegen 180 000 Mark im Haushaltsantrag. In längerer Aussprache befahte sich dann der Magistrat nach einem Referat des Magistratsdezernenten Stadtrat Heuer mit der Beteiligung des Landbriefamtes an der zusammengeführten Bank für Handel und Grundbesitz, doch kam er zu keinem positiven Beschluß.

Das Programm der Berliner Sommerschau 1932.

Soeben ist vom Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin das ausführliche Programm der vom 14. Mai bis 7. August stattfindenden Berliner Sommerschau 1932 „Sonne, Luft und Haus für Alle!“ herausgegeben worden. Das 24 Druckseiten umfassende, durch Zeichnungen und Photos reich illustrierte Programmheft vermittelt einen lebendigen Eindruck von der Gegenwartsbedeutung dieser Ausstellung für Anbauhaus, Kleingarten und Wochenende, die letzten Endes eine entschlossene Hilfsleistung für die tiefsten Räte unserer Zeit sein soll. Die Ausstellung selbst wird sich in die großen Gruppen „Das Anbauhaus“, „Der Kleingarten“ und „Das Wochenende“ gliedern. Das Anbauhaus, das Haus für Alle, ist ein Vorstadthaus, das aus einer Grundzelle bestehend je nach dem Raumbedarf und Vermögen des Besitzers durch Anbau weiterer Wohnzellen, die mit dem Grundstücken wohnwirtschaftlich und künstlerisch ein geschlossenes Ganzes bilden, wachsen kann. Es wird in einer Reihe von Typen zur Darstellung kommen und soll die billige Volkswohnung zeigen, die auf der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 weder als Miet- noch als Besitzwohnung geboten werden konnte.

Heute Urteil im Beleidigungsprozeß Jörgiebel.

In dem Prozeß gegen den Arbeiter Heidrich wegen seines tätlichen Angriffs auf den ehemaligen Polizeipräsidenten Jörgiebel wird erst heute das Urteil gefällt werden. Montag wurden etwa vier Dutzend Zeugen vernommen, vorgestern die Restzeugen. Außerdem gelangte ein Film über die Ereignisse am 1. Mai 1929 zur Vorführung. Zeugen und Film hatten zur Aufgabe, die kommunisistische Behauptung zu rechtfertigen, daß das Blutvergießen vom 1. Mai 1929 von vornherein beabsichtigt gewesen, nicht aber erst durch das unvernünftige Verhalten der Kommunisten heraufbeschworen sei. Diese Beweisführung mußte selbstverständlich mißlingen. Gestern ist u. a. auch der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Helmannsberg, vernommen worden. Da ihm die Aussagegenehmigung über dienstliche Angelegenheiten nicht erteilt worden ist, so konnte er nur über belanglose Dinge befragt werden. Die Kommunisten, die da glaubten, durch die Wiederaufrollung der unglückseligen Mairereignisse von 1929 noch einmal die Deffektivität alarmieren zu können, haben sich verrechnet. Selbst die kommunistischen Blätter haben nur ganz kurze Gerichtsberichte gebracht. Die Deffektivität hat im Augenblick andere Sorgen. . . Heute um ein Uhr erfolgt Urteilsverkündung. Der Staatsanwalt hat beantragt es bei der Strafe der zweiten Instanz, also bei vier Monaten und einer Woche Gefängnis zu belassen.

Zu „Warm am Wedding“. Wie uns mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Raumenterung in der Kameruner Straße 5 nicht um eine Gastwirtschaft, sondern um eine Partieremobilation in diesem Hause. Der Gastwirt in der Kameruner Straße 53 bittet um den Hinweis, daß er mit den Nationalsozialisten nichts zu tun hat.

Schlussskonzert. Heute abend 20 Uhr veranstaltet die 1. Städt. Studienanstalt im großen Saal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120, ein Konzert. In dem ersten Teil werden Kompositionen von Mozart, im zweiten Teil moderne Kompositionen von Pendov und Busch vorgelesen. Karten zu 1 M. und 0,50 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Wetterausichten für Berlin. Meist bedeckt, keine wesentlichen Niederschläge, Temperaturen wenige Grade über Null, südöstliche Winde. — Für Deutschland. Im Nordosten trodenes und zeitweise heiteres Wetter mit leichten bis mäßigen Frösten; im übrigen Deutschland ziemlich trübe, stellenweise neblig ohne wesentliche Niederschläge, Temperaturen etwas niedriger.

„Um Wagnis und Mühselig.“ Die Uraufführung dieses Filmdrama findet im Planetarium am Dienstag, dem 1. Dezember, statt. Es bietet vornehmlich zwei Wochen auf dem Spielplan.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Reichs- u. das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Donnerstag, 26. November:

1. Kreis. 20 Uhr Beginn des Kurles Bruno Neumann über Wirtschaftskrise und öffentliche Finanzen in der Schule Danziger Str. 23.
2. Kreis. Sitzung, Döbner! Die Versammlung bei Rade findet nicht heute, Donnerstag, sondern Dienstag, 2. Dezember, statt.
3. Kreis. 16 Uhr bei Wll. Martin-Luther-Str. 68. Zusammenkunft aller erwerbslosen Genossinnen und Genossen. Um 20 Uhr Fortsetzung des Kurles Raphael im gleichen Lokal.
4. Kreis. Anträge für Winterhilfe werden vorläufig nicht mehr entgegen genommen.
5. Abt. Jüngerengruppe. Nicht vergessen! Sonnabend, 26. November, Bunter Abend im Idealhaus.
6. Abt. 128., 129., 143. Abt. Bunter Abend der freien Schulgemeinde im Sittener Vereinshaus, Oranienburger Str. 49. Mitwirkende: Schulbesucher und Spielklub der Klasse aus „Ramp um Ritz“, Eintritt frei.
7. Abt. Die Versammlung der jungen Genossen am Donnerstag fällt aus. Bisher beteiligten sich die Genossen an der Versammlung der Kreisliga in Wittenau, Berliner Str. 78, bei Heise.

Morgen, Freitag, 27. November:

1. Kreis. Veranstaltung der Kinderleute um 19 Uhr in der Schulaula Waldenstraße 20. Aspekt-Exkurs, auch politischen Einschlags, für Groß und Klein. Um regen Besuch bitten die Veranstalter.
2. Abt. 20 Uhr Auswahlschreiben der jüngeren Parteigenossen Kolonnenstr. 8, 4 Treppen (Jugendheim). Thema: Welche Bücher lesen wir?
3. Abt. Wichtige Ordnerversammlung bei Repp, Planufer 75-76.
4. Abt. Abteilungsbesuch mit Bezirksführern Restaurant Wählerstr. 10.
5. Abt. Freizeiterversammlung Schwanenbergr. 114 (Volkshaus).

Frauenveranstaltung.

1. Kreis. Agitation und Arbeiterwohlfahrt. Freitag, 27. November, 19 1/2 Uhr, an bekannter Stelle Funktionärversammlg.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Mitte. Freitag, 27. November, 19 1/2 Uhr, Blumenstr. 88, Aufgang 8. 7. Leiter Kurles, Referent: Genosse Bieremann.
2. Kreis Tiergarten. Wichtige Funktionärversammlg. bei Stein, Solferinostr. 14, 20 Uhr.
3. Kreis Vignetteberg. Es wird um Abredung der verkauften Lose gebeten. Abteilungsleiter der Genossen Stein, Vignetteberg, Wagnersstr. 37.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Bestandshilfe morgen, Freitag, 26. Uhr, in der Geschäftsstelle. Durch Vermittlung der weltlichen Schule können wir für den 1. Dezember 40 Karten für „Ramp um Ritz“ bekommen. Preis 60 Pf. Anmeldungen dafür bei sofortiger Kasse in der Geschäftsstelle, Krenberg. Wir bitten euch um sofortige namentliche Meldung der 15 Kinder, welche in der Volksbühne mitwirken werden. Schild nur geeignete, zuverlässige Eltern. Beginn der Proben am Sonntag, dem 26. November, 17 Uhr, im Heim Belle-Alliance-Platz 1. Den süßlichen Tönen wird das Jahresspiel erstellt.

1. Kreis. Freitag, 27. November, 19 Uhr, Elternabend in der Aula Waldenstraße (weltliche Schule). Rund um die Kinderrepublik.
2. Kreis. Heute, Donnerstag, 26. November, 19 Uhr, in der Stadtdirektion Schönfeldstraße 17, 1/2 Uhr, Beisitzung 17 Uhr Barock-Ganghofstraße. Buchklub Vertikale mitbringen.
3. Kreis. Freitag, 27. November, findet im Jugendheim Guterstraße 17, 1/2 Uhr, die Buchbesprechung zum Reichstagskongress statt. Jede Gruppe hat die betreffenden Referate zu erfinden.
4. Kreis. Samstag, 28. November, 17 bis 19 Uhr im Jugendheim Freiwalder Straße. Alle Frauen müssen mitkommen.
5. Kreis. Sonntag, 28. November, Beisitzung (neue Schule, Wittenau). Beginn 19 Uhr. Bunde und Zeitungspapier mitbringen. Sonnabend, 26. November, finden folgende Werbeveranstaltungen statt: Reinholdstr. 68: Jugendheim Krenberg (Kartoffel). Bunter Elternabend. Einzug ab 19 Uhr. Beginn 19 1/2 Uhr. Reinholdstr. 68: Werbeveranstaltung 20 Uhr Berliner Straße 73 (bei Heise). Eintritt 30 Pf.
6. Kreis. Werbeabend 19 1/2 Uhr im Schöllkenzug zusammen mit der Frauengruppe. Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.
7. Kreis. Freitag, 26. November, 18 Uhr, Volkshausversammlung Frankfurter Allee 307.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

128. Abt. Unser Genosse, der Soldat Niels Christensen, ist am Sonntag, dem 27. November, verstorben. Ehre seinem Andenken. Einsegnung Freitag, 27. November, 8 1/2 Uhr, Krematorium Gerickestraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Norden

Berlin N 24, Oranienburger Str. 54
Mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 ab ist der Beitragssatz auf 6,5 bzw. 1,5 vom Hundert festgesetzt.

Rebeder, Vorsitzender.

RIEMUNG 19 UND 21. DEZEMBER 1931

Arbeiter-Wohlfahrt
Waisenkasse-Lose

50.

Doppellose 1.-RM.
Porto und Liste 30 Pfg. extra

143 000 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von RM.

500 000
Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von RM.

60 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von RM.

30 000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.

20 000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.

15 000
U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe
mit 10 Losen 5 RM.
mit 20 Losen 10 RM.

Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch 100 Prozent bar bezahlt.

Lose zu haben bei den Kreisleitern der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Vorwärts-Filialen Wertheim, Singer u. Horn, Tietz

Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Köpigs. 3001

EISEN Betten
Schleim, Schlamm, Kiesel, Polster, Gitter, etc. jeden Teils Katalog frei. Hermannstr. 126, Berlin

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorstellung für die arbeitende Jugend von 11 bis 19 Jahren Sonntag, 6. Dezember, 13 Uhr, in der Volkshaus, „Der grüne Aschberg“, Grötelstr. 11, Schmitz. „Der Schichtenleiter“, Komödie von Cham. Karten zu 80 Pf. sind im Sekretariat erhältlich.

Kaffeeabend Montag, 26. November, pünktlich 19 1/2 Uhr, im Vortragssaal des Parteivorstandes, SW, Lindenstr. 3, 11. Hof, 2 Treppen links.

Streikvorbesprechung Groß-Berlin, Gruppe Vignetteberg. Heute, 19 Uhr, Ueberlein Genossen Kolms, Friedrichstr. 36, 11.

Streikvorbesprechung Groß-Berlin und Eingekreist. Öffentliche Kundgebung am 6. Dezember, 20 Uhr, in der Schulaula, RD, Poststr. 41/46. Eintritt 30 Pf. Karten sind im Sekretariat erhältlich.

SSO-Kreisl. Holt umgehend die Handzettel für die Versammlung am 7. Dezember ab.

Heute, Donnerstag, 26. November, 19 1/2 Uhr:

Humboldthain und Krenberg: Vorkaufstr. 3, Musikzimmer. Lichtbilder: Einblicke von Frankreich. — Dummengänge: Gleimstr. 33-35. Humoristischer Abend. — Fallplan 1: Sonnabender Str. 29. 5-Minuten-Referate. — Redaktionen: Danziger Str. 62. Politisch-literarischer Abend. — Schwanenbergr. 114. 10-Minuten-Referate. — Rosenfelder: Maffetaccio. 9. Gedächtnisfeier. — Krenberg: 167. Die politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung. — Schöneberg III: Döbner. 13. Die Kirche in der Kultur. — Weiden: Guterstraße 17. Arbeiterwohlfahrt. — Vignetteberg: 14. Funktionärversammlg. — Gleimstr. 11: Erwerbslose Genossen beteiligen sich um 18 Uhr an der Parteivorbesprechung in der Schulaula Vignetteberg. — Schöneberg I: Berliner Str. 21. Tagespolitik. — Reinholdstr. 68: 1. Tagespolitik. — Rosenfelder: 167. Die politische Situation. — Charlottenburg: Köpenicker Str. 4. 18 Uhr, Schulgemeinde. — Weiden: Guterstraße 17. Erwerbslosenversammlung Bergstr. 29. Beschäftigung des Beruflosen Gewerks. Maffetaccio. Freitag, 26. 20 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebadstr. 17-18 Hof 2. Etz.
Reichsbanner (Ostseebereich). Amtebschaft Bülbing. Freitag, 27. November, Versammlung bei Bülbing, Friedrichstr. 90. Kette von Buchenstraße. Donnerstag, 26. November, 20 Uhr, Untertan der Schule (in Hüll) in bekannter Turnhalle. Kurzeleser anwesend. Amtebschaft. Donnerstag, 26. November, 20 Uhr. Pflanzentagen in bekannter Turnhalle. — Vignetteberg (Jungbau). Sonnabend, 28. November, 19 Uhr, in der Aula der weltlichen Schule, Danziger Str. 23, Jugendwerberveranstaltung. Referent: Alexander Götze. Eintritt 30 Pf. — Charlottenburg (Ostseebereich). Amtebschaft Bülbing. Freitag, 26. November, 19 Uhr, Versammlung bei Amin, Sophie-Charlotte-Str. 88. Referent: Alexander Götze von der Republikanischen Gewerkschaft. — Am Rump um die Republik. — Vignetteberg (Ostseebereich). Freitag, 27. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung des gesamten Ostseebereichs bei Tempel, Friedrichstraße. Vortrag des Kameraden Götze. — Vignetteberg-Güterau. Donnerstag, 26. November, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Helmannsberg, Wollersdorfer Str. 100. Referent: Kamerad Bredel. — Tempelhof. Ostseebereichsversammlung mit wichtigem Referat am Donnerstag, dem 26. November, pünktlich 20 Uhr, bei Finger, Poststraße.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin ND. 55, Hufelandstr. 31.
Männerchor Friedrichshain. Heute, Donnerstag, Übungsstunde. Übungsstunde Freitag fällt aus. Am Sonnabend Ständchen. Treffpunkt 19 Uhr Kraut. Ede Blumenstraße.

Republikanischer Rotarabklub Berlin e. V. Sitzungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Falkenstein“, Berlin SO, Faldenstraße 19, direkt an der Oberbaumbrücke, statt. Gäste stets willkommen.

Deutscher Friedensbund. Donnerstag, 26. November, 20 Uhr, im Restaurant „Zum Hohenhof“, Potsdamer Str. 129. Herr Studentent Dr. Kurt Götting spricht über das Thema: „Weltwirtschaftskrise gegen Weltfriede“. Gäste willkommen.

Arbeiter-Abteilungs-Klub, Bezirk Friedrichshain. Zusammenkunft am Donnerstag, dem 26. November, 20 Uhr, im Jugendheim Friedrichsberger, 5 (weltliche Schule). Lichtbildvortrag: „Der Alkohol“.

Deutscher Operanten-Bund, erste Oratorgruppe, Berlin. Freitag, 20 Uhr, Konzert in Berlin, Badischer Markt.

Entzückender Woll-Lumberjack in modernem Strickart mit effektvoller Passe nur **3 90**

Flotte Neuheit für die Übergangszeit: kleidsame Kappe mit Goldpose nur **3 90**

Der moderne Blusenrock ist sehr praktisch. Dieser in molligem Velours nur **6 50**

Mollig und behaglich, außerordentlich wandlungsfähig, immer reizvoll und flott.

Und wenn Sie Rock und Jumper ganz, aber auch ganz besonders billig kaufen wollen, dann —

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40 Am Oranienplatz
Chausseestr. 113 Königstraße 33 Beim Staetliner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung

Suad Derwisch: Das „Recht“ der Frau

Die Dämmerung fällt über Konstantinopel. Auch in Gyab, dem arnseligen Viertel, flammen ein paar Gaslaternen auf. Es sind nur wenige. Aber mehr Licht wäre nicht gut, denn diese Gassen sind nicht nach einem architektonischen Plan entstanden, sondern so wie die Armut baut, auf den Plänen, die man ihr überläßt. Für die Gendarmen ist das gelbliche Gaslicht die richtige Beleuchtung. Die Holzhöhlen dieser Winkel lehnen sich aneinander, um sich gegenseitig vor dem Einsturz zu bewahren. Hungerige wilde Hunde streifen durch die Gassen, die Rufe an der Erde. Vom Wasser her kommt die ewig feuchte Luft, die krank macht.

Vor einer Schenke steht eine Frau und wartet. Das Licht der Gaslaternen, an die sie sich lehnt, vertieft die Schatten ihres Gesichts und laugt das letzte blassfarbene aus ihren Wangen. Ihr Schiefer flattert. Der Wind zerzaust ihr Haar und reißt an den Tüchern, in die ihr Kind gewickelt ist. Er dringt durch ihr dünnes Kleid bis auf die Haut. Sie friert und wartet regungslos seit dem frühen Nachmittag auf ihren Mann. Einmal wird er ja genug haben und herauskommen.

Nur in ihren Augen ist Leben. Sie läßt keinen Blick von der Tür. Wie Schatten gleiten die Vorübergehenden an ihrem Bewußtsein vorbei. Um sie ist der lustlose Raum der verlassenen Arcatur. Ihre Gedanken kreisen unaufhörlich wie ein Rad. Ein Rad, das rückwärts läuft.

Vor sechs Jahren hatte sie sich verheiratet und war ein junges, ahnungsloses Ding. Sie hatte nicht gewußt, daß ihr Mann ein Trinker war. Vor der Heirat hütelte er sich so geschickt, daß sie es nicht bemerken konnte. Aber dann fing ihre Hölle an. Zahlreich hatte sie alles über sich ergehen lassen, Beschimpfungen, Quälereien, Schläge. Sie lief nicht fort, weil sie den grausamen Kampf ums Dasein kannte und ahnte, daß sie ihm allein nicht gewachsen war. Der nackte Selbsterhaltungstrieb zwang sie auszuhalten, denn Arbeit war vielleicht zu bekommen; sicher war nur, daß sie von dem Arbeitslohn nicht existieren konnte.

Aber eines Tages, nachdem er sie im Rausch furchbar geschlagen hatte, kloß sie doch zu mitleidigen Nachbarn. Sie reichte die Scheidung ein, in dem festen Glauben, sie auf Grund der Tatsachen sofort zu erhalten, ohne zu ahnen, daß die einfachsten Tatsachen oft schwer zu beweisen sind. Sie erfuhr nun erst, daß man ein und daselbe auch ganz verschieden auslegen kann, daß also auch alles beweisbar ist, wenn man will. Dabei machte sie die Erfahrung, daß Leid nicht mitleidbar ist.

Nun begann ihr monatelanger Kampf, denn sie konnte weder lesen noch schreiben und hatte kein Geld. Ihre Gesuche wurden hingeträgelt von gleichgültigen öffentlichen Schreibern. Sie sieht jetzt noch vor sich, wie sie im Schatten der Platonen des Vorhofes saß. Sie riecht noch die Luft des Gerichtsgebäudes, der staubigen Treppen und der holddunklen Säle. Das endlose Warten auf die Verhandlung im Gedränge der städtischen Korridore wird wieder lebendig. Die doppelstimmigen spitzindigen Fragen, die sie nicht beantwortet, klingen in ihr Gehirn und verwirren sie so, daß sie kaum die dürftigsten Angaben machen konnte. Als sie die gewandten Reden und die Fragen hörte, die mehr einem Verhör gleichen, wußte sie, daß ihre Sache verloren war, noch bevor man es ihr sagte. Stumpf wartete sie das Ende der Verhandlung ab und blieb stumm, als der Richter verkündete, sie habe die nötigen Beweise für die Scheidung nicht erbracht.

Auf die ersten Stufen schleppt sie sich hinaus. Die erste Uebelkeit der beginnenden Schwangerschaft würgte sie. Kälter Schweiß brach aus ihrem Körper, langsam knickte die Arnie unter ihr ein und sie sank zu Boden.

In den Tagen, die auf die Gerichtsverhandlung folgten, war sie in einem Zustand vollkommener Gleichgültigkeit. Sie sah nicht mehr und sah nur horchend, vornübergebückt, als müßte das noch nicht Lebende ihr Rat geben.

Den Nachbarn, die sie aufgenommen hatten, ging es nicht gut. Sie hatten in ihrer Hütte einen einzigen Raum und viele Kinder. Sie teilten alles mit ihr, aber die Frau merkte, daß sie ihnen zur Last fallen würde, wenn sie länger bliebe. Eines Tages verschwand sie ohne Abschied. Sie ging die Häuser ab und suchte Arbeit. Nach vielen Tagen des Hungers, den sie nun für zwei litt und nach Nächten ohne Schlaf, hatte sie Glück. Sie fand Arbeit als Dienstmagd in einer Kneipe.

Vom Morgen bis zum Abend war sie auf den Füßen. Sie mußte Kisten tragen wie ein Mann und kloßte nicht, denn sie war glücklich, ein Dach über dem Kopf zu haben. Aber die Last unter ihrem Herzen wurde von Monat zu Monat schwerer und als sie eines Tages zusammenbrach, warf man sie ohne weiteres auf die Straße.

Einen Tag lang irrte sie in der großen Stadt umher, dann ging sie zu einem Krankenhaus. Der untersuchende Arzt sagte ihr, daß die Geburt erst in einem Monat zu erwarten sei, dann solle sie wiederkommen. Nun lag sie wieder auf der Straße. Sie ging betteln und schlief Nachts da, wo sie sich gerade befand, in irgendeinem Treppenhause oder Keller, oder einer Partanlage. Aber das dauerte nicht lange. Eines Tages überraschte sie eine Ohnmacht mitten auf einer der belebtesten Straßen.

Sie erwachte nun wirklich in einem Krankenhaus. Kurze Zeit darauf gebar sie ein Mädchen. Zehn Tage nach der Geburt ihres Kindes wurde sie entlassen.

Und nun lehnt die Frau mit dem weißen Gesicht am Laternenpfahl und wartet auf ihren Mann. Es blieb ihr kein anderer Weg außer diesem oder dem, ins Wasser zu gehen. Das ist nicht weit von hier. Sie sieht die kleinen Wellen und hört das glucksende Geräusch, mit dem sie an das Ufer schlagen. Es klingt wie spöttisches Gelächter.

Die Tür der Schenke fliegt auf. Ein breitschultriger Mann kommt heraus. Ekel, Angst und Haß verfärbten das Gesicht der Frau. Er taumelt quer über die Straße. Da tritt sie ihm in den Weg. Sie bringt kein Wort aus der Kehle.

Er fährt zurück. Ihre Augen begegnen sich.

„Ach so, du bist's! Na, was gibst's?“

Ihre Augen klammern sich an sein Gesicht, als würde sie jeden Augenblick umsinken. Sie stammelt etwas und weiß selbst nicht, ob es Beteuerungen, Entschuldigungen oder Bitten sind. Sie will ihn nur überzeugen von etwas, an das sie selbst nicht glaubt. Er sieht sie nicht an, nur das Kind, und bekommt ein verlegenes Gesicht. Sie spricht immer weiter auf ihn ein, wie unter einem Zwang, und dabei strömen ihr die Tränen unaufhaltsam über das Gesicht.

„Höchstens sagt der Mann: „Ra also meinetwegen! Los, komm!“

Mit einer barschen Handbewegung zeigt er ihr, daß sie ihm folgen soll. Ohne sich einmal umzudrehen, geht er den Weg nach Hause. Sie schleppt sich nach, das Kind fest an sich gedrückt. Mit jedem Schritt, den sie auf das Haus zu macht, sinken ihre Schultern mehr ein. Sie weiß, sie geht in eine neue Kneipe, aus der sie in ihrer dumpfen Unwissenheit keinen Ausweg und keine Hoffnung sieht.

Erich Krug: Grenzen des Lebens

Der griechische Schriftsteller Lucian, geboren um 125 nach Christus, hat einmal als ein geistvoller Jules Verne des Altertums in äußerst phantasievoller Art eine Reise zum Monde geschildert. Dabei beschrieb er auch ausführlich die Lebewesen auf unserm Trabanten. Die unheimlichsten Fabelwesen von geradezu unfähiger Größe ließ er in seiner Erzählung aufmarschieren. Diese Fehler, andere Weltkörper mit den märchenhaftesten Lebensformen zu bevölkern, ist von phantasievollen Schriftstellern bis in unsere Zeit hinein gemacht worden. Wir dürfen jedoch auf Grund der modernen biologischen und physiologischen Forschungen mit aller Bestimmtheit annehmen, daß auch das Leben an Gesetze gebunden ist, die im ganzen Weltall gültig sind. Wenn also nach dem Leben auf anderen Weltkörpern gefragt wird, dann ist es zunächst einmal notwendig, die Bedingungen zu untersuchen, die für das Vorhandensein von Lebewesen auf der Erde erforderlich sind.

Nahzu überall ist auf unserem Planeten Leben vorhanden, an den Polen wie am Äquator, in der Luft, auf dem Erdboden, im Wasser. Selbst auf dem Grunde des Meeres, wohin nie ein Sonnenstrahl kommt, unter einem Druck von Hunderten von Atmosphären, hat es siegreich Fuß gefaßt. Ist das Gedeihen des Lebens etwa unbegrenzt? Nein; es wäre ein Jretum, wollte man aus der gewaltigen Anpassungsfähigkeit alles Lebendigen diesen Schluß ziehen. Wenn auch der Entzaltung des Lebens von der Natur ein großer Spielraum gewährt ist, so sind ihr doch gewisse Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können. Besonders sind es bestimmte Temperaturen, die der Ausbreitung des Lebens bis ins

Unendliche Einsicht gebieten. Der wichtigste Bestandteil im Körper aller Lebewesen ist das Eiweiß. Bei ungefähre 75 Grad Hitze gerinnen salzhaltige Eiweißlösungen und werden zur Unterhaltung von Lebensfunktionen unfähig. Schon bei einer Temperatur von 40 bis 45 Grad werden Tier- und Pflanzenzellen abgetötet. Das ist aber noch keine absolute Lebensgrenze. Es gibt viele niedere Organismen, die weit höhere Temperaturen ertragen können, ohne daß ihr Leben und Gedeihen beeinträchtigt wird. Verschiedene Bakterienarten scheinen sich überhaupt erst bei sehr hohen Temperaturen richtig „behaglich“ und lebenskräftig zu fühlen. Lebende Algen hat man auch noch in dem ungefähre 90 Grad Celsius heißen Wasser der Geiser des Yellowstone-Parks in Nordamerika gefunden. Man hat vorläufig noch keine ausreichende Erklärung für die Tatsache, daß die Organismen, je niedriger sie sind, eine desto größere Widerstandsfähigkeit besitzen. Es wird vermutet, daß diese Wesen die hohen Temperaturen deshalb vertragen, weil ihr Eiweiß einen geringeren Wassergehalt hat als das der anderen Organismen, denn praktische Versuche haben gezeigt, daß Eiweiß in wasserfreiem Zustande bis zu 100 Grad Celsius und mehr erhitzt werden kann, ohne daß es gerinnt. Auch sorgfältig ausgetrocknete Pflanzenstämme wurden verschiedentlich einer Hitze bis zu 100 Grad ausgesetzt, ohne daß dadurch ihre Keimkraft verloren ging.

Aber auch tiefe Temperaturen können verschiedene Lebewesen in unglaublichem Maße ertragen. Die Vögel und Säugetiere sind durch ihre Warmblütigkeit gegen die Winterfalte geschützt, so daß diese nicht in den Körper eindringen kann. Die kalblütigen Tiere und die Pflanzen sind jedoch abhängiger vom Klima, da sie ungefähre die Temperatur ihrer Umgebung annehmen. Ihr Schutz besteht nun in einer großen Widerstandskraft gegen selbst außerordentlich starke Kälte. Fische und andere Kaltblüter vertragen sogar ein vorübergehendes Einfrieren. Die tiefsten Temperaturen, unter denen bei Kälteversuchen das Leben noch erhalten blieb, sind nach Lundmark: für Fische —15 Grad Celsius, Frösche —28 Grad Celsius, Taubenküchlein —50 Grad Celsius, Schnecken —120 Grad Celsius, Batterien —200 Grad Celsius. Diese Grenzen gelten aber nur für Leben im Ruhezustand, im Halbschlaf. Die Grenzen für tätiges Leben sind viel enger. Temperaturen von 0 bis 90 Grad sind ungefähre diejenigen, die für eine Entwicklung der verschiedenen Lebensformen dienlich sind. Aber noch etwas anderes ist für das Gedeihen des Lebens unbedingt notwendig: das Licht. Batterien können ja unter Umständen ohne Licht, einige sogar, wie wir durch neuere Forschungen wissen, auch ohne Sauerstoff auskommen. Für die Pflanzenwelt jedoch ist das Licht unentbehrlich. Die Pflanze benötigt die Kohlenäure der Luft, um den Kohlenstoff für sich zu verarbeiten und dabei den immer wieder benötigten Sauerstoff freizugeben. Durch diese Funktion hat sie eine große Aufgabe erhalten. Denn fast alle Wesen der Erde leben von der Gnade der Pflanze. Die Zerlegung der Kohlenäure geschieht mit Hilfe des Chlorophylls, des Blattgrüns, das sich nur unter der Einwirkung des Lichts bildet.

Bei allen diesen Erfahrungen der Wissenschaft wäre es aber sehr vorzuziehen, wollte man diesen stützigen Grundriß der Lebensnotwendigkeiten, der nur auf Beobachtungen beruht, die auf unserer Erde gemacht wurden, als allgemeingültig ansehen. Es ist nicht unmöglich, daß die Entwicklung bei anderen chemischen und physikalischen Voraussetzungen auch andere Wege einzuschlagen vermag, ohne dabei die Naturgesetze zu durchbrechen.

Wo entsteht der stärkste Raufreif? Im Vorwinter sehen wir die Bäume und Sträucher oft mit einem Raufreif überzogen. Manchmal sehen die Äste aus, als wären sie mit feiner Watte überzogen. In Laentreisen hört man öfter, hoch oben auf den Bergen sei der Raufreif noch viel schöner und stärker. Dies ist jedoch nur sehr bedingt richtig. Es gibt allerdings Berge, wo sich der Raufreif viel stärker bemerkbar macht, als in den Niederungen. Auf Bergen tritt öfter der Raufreif so stark auf, daß Bäume, Pfosten, Telegraphenstangen und so weiter kaum noch in ihren Umriszen zu erkennen sind. Aber nicht auf den höchsten Bergen macht sich der Raufreif so stark bemerkbar, sondern auf den Bergen von mittlerer Höhenlage. Auf den höchsten Bergen ist nämlich der Raufreif viel weniger zu merken. Die Erklärung dafür ist sehr einfach. Der Raufreif zeigt sich auf jenen Bergen am stärksten, deren Höhenlage ungefähre der Höhe der Winterwolken gleich ist. Berge, deren obere Partien über die Höhenlage der Wolken hinausragen, haben auch nur einen geringen Raufreif. Daher tritt Raufreif auf Bergen wie dem Brocken oder wie dem Ben Nevis in Schottland am stärksten auf. Dort macht der Reif im Herbst und Winter aus Gegenständen, die draußen sind, recht seltsame Gebilde.

Die erste Eisenbahn in Deutschland wurde im Jahre 1835 auf der Strecke Nürnberg—Fürth dem Verkehr übergeben. Der deutsche Bergbau benutzte aber schon im 16. Jahrhundert sowohl Holz, als auch Steingehse. Letztere kamen sogar schon bei den ersten Griechen zur Anwendung.

Andreas Latzko: Ein Stuhl steht leer in Paris

Im Garten des Palais Royal, wo einst das „Herz“ der großen Stadt schlug, steht seit kurzem ein Monument Camille Desmoulins', der mit seiner Ansprache an dieser Stelle den Sturm der Pariser auf die Bastille entfesselte. Die Dekoration ist noch immer unzerstört, das Geoliet der alten Säulengänge umrahmt die grüne Rasenfläche, auch der Frühstückstisch Philippe Egalités steht noch in der Mitte, nur der verglaste, halb unterirdische Verbindungsgang für die Dienerschaft, die nicht durch das Gedränge die Platten aus dem Palast in den Pavillon tragen konnte, wenn es dem Herzog beliebte, im Garten zu frühstücken, nur diese Spur der prinzipal Haushaltung ist aus dem Bilde fortgewischt.

Die Stimme des Redners ist von denselben Mauern zurückgeprallt, an denselben Säulen kletterten die Reugierigen hoch, um den Jüngling zu sehen, der so furchtlos „Aux armes!“ rief, wo kein Kurgeschäfte und vornehme Restaurants sich reihen, unter den Bögen ringum wimmelten gefällige Dämchen vor den überfüllten Speisehäusern und Konditoreien, die im ersten Stock verschwundene Kammern für Liebende oder noch häufiger sogenannte „Klubs“ für Müßiggänger bargen. Es war eine recht passende Ergänzung, daß der Palast der Herzöge von Orleans von den zwei anstoßenden und der gegenüberliegenden Seite des Bierstraßes hereinbezogen schien in die Kette von Spielflächen und Stundenhotels, die würdig die Lebenshaltung der prinzipal Eigentümer umrahmten.

Heute liegt der weite Rasenplatz wie eine verlassene Insel im Geviert der hohen Mauern, nur wie Gift spritzt das Branden des Verkehrs aus den umliegenden Verkehrsstraßen herüber — wer von der Rue de Rivoli oder Rue St. Honoré her die Arkaden betritt, könnte fast glauben, die Stadt sei plötzlich verstummt, um der Gestalt aus Bronze zu lauschen, die zu ihr sprechen will.

Zuerst erblickt man nur den Stuhl am Rande der schon gepflegten Rasenfläche, der Redner hat den einen Stuhlstiel auf den frohgeglückten sich aus Metall gestellt, im Begriff hinaufzuspringen, so ist wohl vom Bildhauer die Deutung der Momentaufnahme gedacht. Wer aber aus dem Paris von heute mit wachen Sinnen vor das Standbild tritt, wird eher von dem Eindruck über-rumpelt, der junge Revolutionär sei im Begriff herabzusinken von seinem historischen Stuhl, entmutigt von dem Anblick des ausgefressenen Gartens und der stumpfen Gleichgültigkeit der Masse, die draußen in rasender Eile vorbeistürzt.

Was könnte besser das Vorbild der Stadt an allen offiziellen Festlichkeiten illustrieren als die Tatsache, daß keiner meiner Pariser Freunde über das Enthüllungsdatum des Standbildes auch nur annähernd Bescheid geben konnte. Viele wußten nicht einmal von seiner Existenz, manche erinnerten sich dunkel, vor einigen Jahren etwas über ein Desmoulinstandmal gelesen zu haben, aber welcher intelligenteste Franzose beachtet noch den pathetischen Schwundel, der von Amts wegen mit dem Scheintakt revolutionärer Ueberlieferung getrieben wird?

Seit rund einem Jahrhundert, seit den Zeiten des Bürgerkönigs, ist es das Schicksal Frankreichs, mit der Fiktion der republikanisch-freiheitlicher Tradition genarrt zu werden. Selbst der große Napoleon hieß seinen kaiserlichen Adlern die Tricolore der

Sansculottenarmee vorantreiben und den Ruf: „Vive l'empereur!“ überdromerte die Maréchalie. Keine dynastische Hymne und keine dynastische Flagge störte die Illusion seiner Soldaten, direkte Nachkommen der vorzüglichen republikanischen Armeen zu sein.

Dieses alibewährte System, hinter der revolutionären Fassade eine gemüßigt-nationalistische Politik zu treiben, hat den französischen „citoyen“ längst daran gewöhnt, zufrieden mit seinen theoretischen Rechten, jede praktische Kontrolle der Regierung den Berufspolitikern zu überlassen. Der Zylinder des Präsidenten symbolisiert beruhigend die Souveränität des schlächtigen Bürgers, die Spigen der Offiziersbege jenseits der Militärgewalt steht stramm und präsentiert vor dem Bratenrod! Was will man mehr? Einmal im Jahre, am Tage der Republikfeier, kann jeder Franzose sein Teil Volksgewalt genießen, an den 364 anderen Tagen kümmer er sich um seine — nicht um die Staatsgeschäfte, froh wie der Kaufmann um den verlässlichen Kommiss, auf den er alle zeitraubenden kleinen Kniffe und Griffe seines Betriebes abwälzen kann. Wichtig sind ja doch nur: Umsatz und Profit!

Welche Farce, das „enfant terrible“ der großen Revolution, den Stotterer Camille Desmoulins, dem Angst um das Schicksal der Freiheit die Zunge löste, in das Paris von heute hineinzustellen, weil er es war, dessen Mut und Beredsamkeit das Volk auf die Bastille hegte! Nie gab es eine spätere Feder, die Obrigkeit und Autorität mit mehr Wig und Galle belämpfte. Jede Zelle des „Vieux Cordelier“ ist an das erträumte, neue Europa gerichtet, die eigene Ration wird jener begeisterten Strunkenzeit nur eine Art Vorhut, berufen, die Ketten aller Völker fortzuschleppen in Strömen französischer Blutes.

Heute ist das französische Gold der hochbeladene Aibelungshort, überall von der Arbeit gestürzte Dynastien wieder auf den Thron zu heben, halb schon befreite Arbeitermassen unter die alte Fuchtel zurückzutreiben, gegen anzusprechend rentable Monopole und Konzeptionen — verkehrt sich. Und während diese Interessen des Großkapitals die Politik des Landes bestimmen, wird die Galerie der Revolutionshelden um das Denkmal Camille Desmoulins' bereichert — an der historischen Stätte eine falsche Orientierungstafel aufgestellt —, die nur Travestier und unreife Knaben auf den Leim der offiziellen Phrasologie loden kann.

Wären die unermesslich drohenden Folgen nicht, man könnte lächeln, aber hinter dem falschen Aushängeschild brandelt die Gaswolke der Gefahr und die Gefahr der Gaswolke, ohne daß ein Er-weder sich fände für das schlatternde Volk. Der letzten, dessen Stimme wie der Arm Simons an verrosteten Herriegeln rüttelte, den Redner und Führer Jean Jaurès, haben sie niedergeknallt. Sieht man den leeren Stuhl im Palais Royal, mit dem Stuhlstiel der Retoifigur, die wie zögernd nach am Boden lebt, man wünschte den gedrangenen, stiermännigen Mann mit der lodernen Seele hinauf — im Ru wäre der verlassene Garten im Herzen der großen Stadt wieder von einer entschlossenen Menge überflutet, wie im Juli 1789, als Camille Desmoulins zum Sturm auf die Erzfeinde der Unterdrückung rief.

Verantwortlich für Inhalt: Stefan Götz; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gemeindefachberatung: J. Diezner; Redaktion: Dr. John Schittowski; Lokales und Sonstiges: Reich Rothert; Anzeigen: Th. Gluck; Vertrieb in Berlin: Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag; Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Fried droht dem Zentrum!

„In einigen Monaten ist es zu spät...“

München, 25. November. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der Vaterlandspartei des Reichstags, Fried, unternimmt im „Völkischen Beobachter“ einen mit Drohungen gezeichneten Anbiederungsversuch an das Zentrum. Nach der Zürierung der Harzburger Entscheidung, die mit den Sägen beginnt: „Wir stoßen keine Hand zurück, die sich uns zu wirklich christlicher Zusammenarbeit anbietet“, erklärt der königliche Heimatkrieger von Birnolens:

„Bisher hat das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu solch christlicher Zusammenarbeit mit uns bereit ist. Mit einer Ueberheblichkeit, wie sie nur dem Zentrum eignet, verlangt diese Partei von uns grundsätzliche Änderungen unserer Ueberzeugung, wenn wir für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf kann das Zentrum lange warten. Sein Verlangen beruht auf einer völligen Verneinung der wahren Sachlage. Nicht an uns ist es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es ist jetzt 5 Minuten vor 12. Heute ist noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinnt. In einigen Wochen und Monaten ist's zu spät. Dann wird die Geschichte über die schwarzen und über die roten Marxisten zur Tagesordnung übergehen. Die Reichspräsidentenwahlen spätestens im April und die preussischen Landtagswahlen spätestens im Mai 1932 müssen die endgültige Entscheidung bringen.“

Die Liste für die Bartholomäusnacht.

München, 25. November. (Eigenbericht.)

Der „Münchener Post“ ist ein Dokument aus dem Braunen Haus in die Hände gefallen, das beweist, daß die Führung der Nationalpartei für den Zeitpunkt des Machtantritts politische Morde in großer Zahl vorbereitet. Das Dokument ist eine der Listen, auf denen diejenigen Personen in München mit Namen und Adresse verzeichnet sind, die in der geplanten Bartholomäusnacht erschossen werden sollen. Mit Rot- und Grünstift ist neben den Namen und auf der Rückseite der Liste diejenige Sturmabteilung verzeichnet, die die Heutersarbeit auszuführen hat. Unter den Namen der von der „Münchener Post“ in Faksimile veröffentlichten Liste befindet sich auch der Name des Abgeordneten Kuer und der eines weiteren Redakteurs des Blattes, der als Führer des Jungbanners bei den Vaterlandspartei besonders verhasst ist.

Was ist's mit dem „Landesverrat“.

Sozialdemokratische Anfrage an die Reichsregierung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag wegen des Urteils im Leipziger Landesverratsprozeß folgende Interpellation eingebracht:

„Am 23. November 1931 hat das Reichsgericht zwei Schriftsteller wegen Verstoßens gegen den § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Verrat militärischer Geheimnisse zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Verfahren, das zu dieser Verurteilung geführt hat, liegt ein Kuffah mit der Ueberschrift: „Widriges aus der deutschen Luftfahrt“ zugrunde, der in Nr. 11 der Zeitschrift „Die Weltbühne“ vom 12. März 1929 erschienen war. In diesem Kuffah sind keine Geheimnisse enthalten, sondern nur Dinge erwähnt worden, die entweder in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt oder sogar im Protokoll der 312. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 3. Februar 1928 gedruckt zu lesen waren. Nicht nur in dem Prozeß, der zur Verurteilung der beiden Angeklagten geführt hat, sondern auch für die Verurteilung der Urteilsbegründung war die Öffentlichkeit ausgeschloffen, da angeblich eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen war. Darüber hinaus hat der zuständige Senat des Reichsgerichts es für notwendig gehalten, allen Beteiligten unbedingte Schweigepflicht über alle während des Prozesses zu ihrer Kenntnis gelangenden Umstände aufzuerlegen.“

Wir fragen die Reichsregierung: 1. Ist sie bereit, über die näheren Umstände, die zur Einleitung des Verfahrens geführt haben, Auskunft zu geben und besonders darüber, weshalb der Prozeß erst 3 1/2 Jahre nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels stattgefunden hat? 2. Ist es wahr, daß die Bearbeitung der Anklage in diesem Prozeß in dem Referat des Reichsanwalts Jorns erfolgt ist? 3. Ist die Reichsregierung bereit, die Urteilsbegründung bekannt zu geben? 4. Hält die Reichsregierung ein Geheimverfahren, wie es bei diesem Prozeß vom Reichsgericht geübt worden ist, für geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes in die deutsche Rechtsprechung zu stärken? 5. Ist die Reichsregierung der Meinung, daß durch die Art, in der der Prozeß vor dem Reichsgericht geführt worden ist, im Ausland nicht viel bessere Auffassungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen entstanden können, als sie vor der Durchführung des Prozesses bereits bestanden haben? Ist dieses vielleicht die Meinung des Auswärtigen Amtes gewesen? War die Verzögerung des Prozesses darauf zurückzuführen, daß das Auswärtige Amt aus außenpolitischen Gründen die Durchführung des Verfahrens für falsch hielt? 6. Ist die Reichsregierung bereit, alle Schritte zu tun, um die Vollstreckung dieses Urteils des Reichsgerichts zu verhindern?“

Verlegenheit im Völkerbund.

China fordert Anerkennung des Kellogg-Paktes!

Paris, 25. November. (Eigenbericht.)

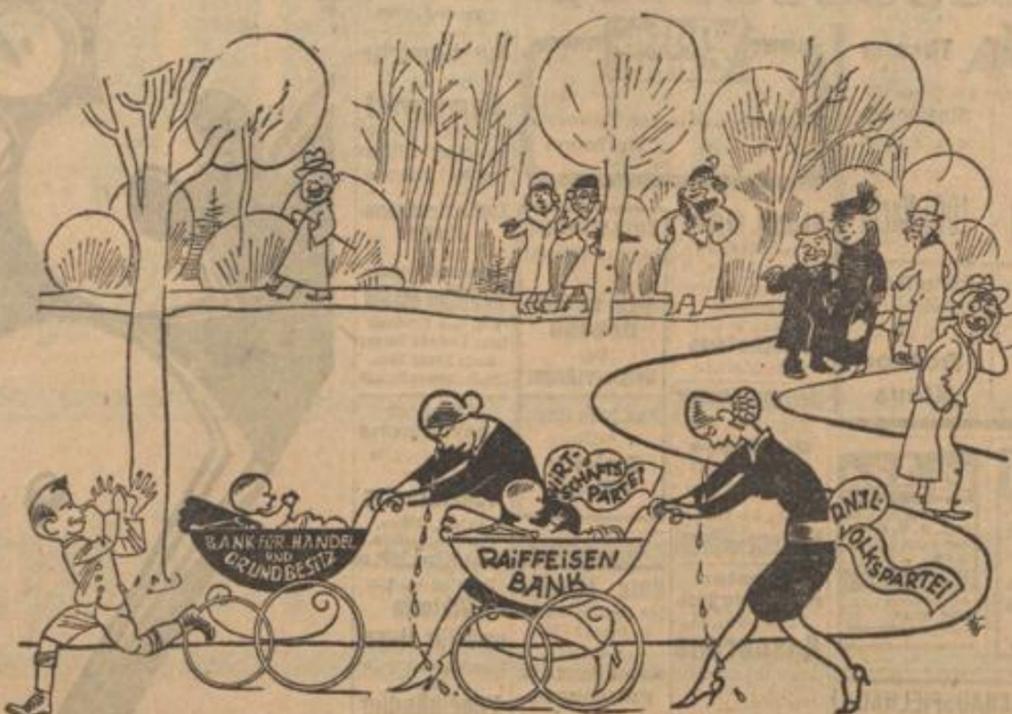
Die japanische Regierung erklärt am Mittwochvormittag den Einischlagnentwurf unter dem Vorbehalt einer Aenderung der Stills über die Einstellung der Feindseligkeiten anzunehmen.

Die Antwort Chinas fordert u. a., daß die militärischen Operationen sofort beendet werden, die japanischen Truppen innerhalb 14 Tagen in die Eisenbahnzone zurücktransportiert werden, Ueberwachung der Räumung durch neutrale Persönlichkeiten und gegenseitige Anerkennung der internationalen Verträge. Unter diesen Verträgen sind auch der Völkerbundspakt und der Kellogg-Pakt aufgeführt.

Die letzte Forderung hat den Ruf in große Verlegenheit gebracht, so daß vorläufig noch nicht abzusehen ist, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

Die Beratung dauerte bis 7 Uhr. Während die Ratmitglieder noch verhandelt waren, wurde bekannt, daß Briand die chinesische Antwort seinen Kollegen nicht offiziell übermitteln, sondern ihnen nur in großen Zügen ihren Inhalt bekanntgeben hätte. Er soll nämlich die chinesischen Forderungen als zu weitgehend und jeder Einigung mit Japan hinderlich angesehen und den chinesischen Befehlen aufgeföhrt haben, von seiner Regierung neue Instruktionen zu erbitten, die eine gezieltere Diplomatie bilden. In Erwartung dieser Befehle wurde beschlossen, die nächste geschlossene Sitzung am Donnerstagnachmittag abzuhalten.

Die nationalen Gretchen.



„Wie konnten wir sonst so tapfer schmälen — und sind nun selbst der Schande bloß!“

Strafjustiz in der Notzeit.

Wichtiger Erlaß des Justizministers: Nachdrückliche Verfolgung von politischen und Wirtschaftsvergehen.

Die Ereignisse der letzten Zeit, die Zunahme schwerer Gewalttaten im politischen Kampf, die bedrohliche Vermehrung schwerer Verbrechen gegen das Eigentum verbunden mit Angriffen auf Leib und Leben, die aufsehenerregenden Verfehlungen im Geschäftsleben, die geeignet sind, das Ansehen der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland zu erschüttern, haben dem preussischen Justizminister Anlaß zu eingehenden Erörterungen darüber gegeben, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Justiz bei der Ueberwindung der jetzigen Krise mitzuteilen zu lassen.

Justizminister Dr. Schmidt weist in dem Erlaß, den er allen Justizbehörden bekanntgibt, darauf hin: Bei der Kollage, in der sich das Vaterland befindet, sei es Aufgabe der Strafrechtspflege, mit allen Kräften zu einer Befriedung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine rasche, tatkräftige und unangenehme Verfolgung dieser Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafe der Schwere der Verfehlung und den von dem Täter verschuldeten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entspreche und wenn sie der Tat in kurzer Zeit folge, bilde sie ein wirksames Mittel der Abwehr.

Geboten sei vor allem, alle Tatkräfte auf die zielbewußte und rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verfahrens zu vereinigen, alle zur Sicherung der Verfolgung zulässigen Maßnahmen ungeschont und ohne Ansehen der Person zu ergreifen, namentlich auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaftung gebieten. In der Hauptverhandlung hätten die Vertreter der Anklage das Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gewährt werden dürfen.

Durch Regelung ihres Bereitschaftsdienstes habe die Staatsanwaltschaft die Gewähr dafür zu übernehmen, daß schnelle Untersuchungsbehandlungen jederzeit ohne Verzögerung in Angriff genommen werden. Die Bekämpfung wirtschaftlicher Straftaten sei besonderen Sachbearbeitern zu übertragen. Zur Behandlung gegen die Vorschriften über die Dienstbewirtschaftung seien nachdrücklich unter Ausnutzung der bei den Landesfinanzämtern eingerichteten Dienstbeschaffungsstellen zu verfolgen und in allen geeigneten Fällen im Schnellverfahren zur Aburteilung zu bringen.

Der preussische Justizminister macht die Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte in hohem Maße dafür verantwortlich, daß die Staatsanwaltschaften den hervorgehobenen Gesichtspunkten überall Rechnung tragen. Er ersucht ferner die Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten, bei der Auswahl der Untersuchungsrichter und bei der Geschäftszuteilung, soweit das Gesetz und die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit es zulassen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bearbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Strafsachen von größerer Bedeutung in die Hände von Richtern gelegt werden, die den besonderen Anforderungen, die diese Sachen stellen, in vollem Maße gewachsen sind.

Dieser Erlaß, der durch Sonderblatt des Justizministerialblatts verbreitet ist, geht allen Staatsanwälten und allen mit der Strafjustiz betrauten Richtern zu.

Außerdem wird der preussische Justizminister noch in der ersten Hälfte des Dezember die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte zu einer gemeinsamen Besprechung einberufen, um die wirksame Durchführung der nach dem Erlaß erforderlichen Maßnahmen mit ihnen zu erörtern.

Blutbad in Tschechisch-Schlesien.

Sieben Arbeitslose erschossen.

Prag, 25. November. (Eigenbericht.)

In Pindewiese bei Freiwaldau (T.-Schlesien) kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen erwerbslosen Steinarbeitern und Gendarmen. Sieben Arbeiter wurden erschossen und 14, angeblich auch zwei Gendarmen, verletzt.

Die Arbeiter beabsichtigten, entgegen dem Verbot eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Als die Gendarmen sie daran zu hindern suchte und mit Steinen beworfen wurde, gaben die Beamten scharfe Schüsse ab.

Die Nachricht von dem Vorfall wurde in den ersten Nachmittagsstunden im Abgeordnetenhaus bekannt und rief ungeheure Erregung hervor. Die Kommunisten veranstalteten Vorträge und überschütteten die Angehörigen der Koalitionsparteien mit Vorwürfen. Es kam zu Tätlichkeiten. Der tschechische Abg. Stribny, der gerade über die Tagesordnung sprach, wurde von den Kommunisten von der Rednertribüne heruntergerissen.

Der Innenminister Dr. Slavit verlas eine vorläufige amtliche Darstellung. Da er weitere Mitteilungen für die nächsten Tage ankündigte, lehnte das Haus den Antrag der Kommunisten ab, sofort die Besprechung zu eröffnen. Für die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten gab Abg. Stibny eine gemeinsame Erklärung ab, die das Schießen der Gendarmen auf Unbewaffnete verurteilt und die Erwartung ausdrückt, daß sich ähnliches in der tschechisch-slowakischen Republik nicht wiederholen werde.

Die Erklärung des Innenministers wurde von den Kommunisten durch Zwischenrufe gestört. Ein kommunistischer Abgeordneter wurde ausgeschlossen und von der Parlamentswache mit Gewalt aus dem Saale entfernt.

Prag, 25. November.

Ein amtlicher Bericht besagt: Kommunistische Arbeiter im Freimader Bezirk stellten die Arbeit ein, um einen Hungermarsch auf Freiwaldau durchzuführen. Nachdem der etwa 1000 Mann starke Zug in Sedorf durch Gendarmen auseinandergetrieben worden war, wurden die Demonstranten, die nach Freiwaldau weiterziehen wollten, bei Pindewiese von Gendarmen angehalten. Die Arbeiter wandten sich jetzt mit Waffen, Eisen, Steinen und Eisenstangen gegen die Beamten. Der Gendarmenoberleutnant Vrtakowski erhielt zwei Hiebe ins Gesicht und gab nun den Befehl zum Schießen. Durch die Salve wurden sechs Personen getötet, eine schwer und zehn bis zwölf leicht verletzt. Zwei Gendarmen wurden verletzt. Der Vorfall wird auf das eingehendste untersucht.

In Reichenberg wurden die Geschäftsführerin Graf von einem Berliner kommunistischen Verlag und einige einheimische Kommunisten verhaftet; sie sollen wegen verurteilter Bildung einer staatsfeindlichen Geheimorganisation (?) verfolgt werden, worauf Strafe bis zu zwei Jahren Gefängnis steht.

Verbot politischer Zusammenkünfte bei Behörden. Die bayerische Regierung geht in einer Bekanntmachung gegen die Bildung von Betriebszellen oder sonstiger Organisationen bei den Behörden durch politische Parteien oder andere politische Vereinigungen vor. Derartige Zusammenkünfte werden künftig verboten. Die Behördenvorstände haben die Einhaltung des Verbotes sorgfältig zu überwachen. Gegen Ueberschreitungen soll dienststrafrechtlich vorgegangen werden.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Donnerstag, den 26. November
Staatsooper
Unter d. Linden 20 Uhr
Rigoletto

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 U.
Walter DARE WAIL
„Die Bräutler der Escadron“
4 Urbanis
Die 6 Marvals
Charons

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Wegen Vorbereitung zur Max-Reinhardt-Inszenierung
„Hoffmanns Erzählungen“
bis einschl. 26. Novemb. geschlossen

Internationales Theater
(kleines Theater) Unter den Linden 44.
Täglich 8 Uhr
Hedwig Wangel, H. Ad. Schlettow, Edith Edwards in:
Affentanz von Vera Bern.

HAUS VATERLAND
RESTAURANT BERLINS
BETRIEB KEMPINSKI

Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen
Verlängert bis einschl. Donnerstag
Der Raub der Mona Lisa
mit
Willy Forst, Trude v. Molo

Wenn Sie Qualitäten suchen, Sie

kommen Sie zu mir; trotz billigster Preise garantiert unverzichtbare, selbst importierte Süd- und Bordeaux-Weine, erstklassige, selbst hergestellte Spirituosen aller Art...

BERLIN:
N. Brunnenstraße 42
N. Müllerstraße 144
N. Chausseestraße 76
O. Koppenstraße 87
N. Prenzlauer Allee 50
O. Petersburger Str. 42
SO, Grünauer Straße 15
SO, Köpenicker Str. 121
W, Martin-Luther-Str. 86
Steglitz: Schloßstraße 121
Lankwitz: Charlottenstr. 34

Eduard Süßkind

Wintergarten
1.15 Uhr Tägl. 3.15 Uhr
4 Queens, Gaston Palmer
2 Oliveras 2 Hockneys

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Donnerst., 26. Nov.
Turnus II
Anfang 20 Uhr
Soldaten
Ende 22.30 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Der grüne Kakadu
Der Kammer Sänger

Rose-Theater
Ende Frankfurter Straße 132
Tel. Weidol 7 3422
4.30 Uhr
Max und Moritz u. der Weihnachtsmann
8.15 Uhr
Die keusche Susanne

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 30. November
Mecker-Fritze

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Die neue Burleske
„Der arme Kasimir“

Deutsches Theater
8 Uhr
Geschichten aus dem Wiener Wald
von Oedön Horvath
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Jemand
von Franz Molnar
Regie: Gustaf Gründgens

Kurfürstendamm-Theater
8 1/2 Uhr
Die Bellige aus USA.
von Ilse Langner
Regie: Ludwig Berger

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Vogelhändler
Ahlers, Jöken, Morjan, Carola.

Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dubarry
mit Gitta Alpar

Planetarium
am Zoo
Letzte Woche
3, 5, 7, 9 Uhr
Italienfilm

Blumenspenden
jeder Art
lieferbar preiswert
Paul Gollatz

Kontobüchle
bei JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen

Hermann Noeske
geb. 21. Februar 1901, am 21. November gestorben

Gustav Hoffmann
geb. 5. Mai 1887, ist verstorben.

Bernh. Hornicke
geb. 10. Dezember 1893.

Margot Kude
geb. 2. November 1909.

Albert Barthel
geb. 25. April 1905.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!

enorm BILLIGE
3
Reste u. Abschnitte
Kleiderstoffen
Baumwollstoffen
Seidenstoffen
Gardinenstoffen
Spitzen usw.

HERMANN TIETZ

Frau Malie Jaenecke geb. Ebert

meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, meine einzige Tochter, unsere unvergessliche Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante, ist am 24. November 1931 nach längerem schweren Leiden im 52. Lebensjahr verstorben.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 27. November 1931, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100/103, statt.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 25 Pfennig, Textwort 12 Pfennig
Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz.

Verkäufe
Kleidungsstücke, Wäsche usw.
Möbel
Spezialzimmer
Bettzimmer
Schlafzimmer

Kaufgesuche
Wahrentausch, Autos, Großvermögen

Garten, Laube und Balkon
Telegramm!

Ver-schiedenes
Bettstühle

Ver-mietungen
Ober-Gießerstraße

Musik-Instrumente
Gradedianos

Wohnungs-such
Wohnung